

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Hans Peter Johannsen</i> Zum neuen Jahrgang.....	3
<i>Johannes Tonnesen</i> Theodor Kaftan, Generalsuperintendent von Schleswig	5
<i>Troels Fink</i> Hans Peter Hanssen.....	11
<i>Hans Schmidt-Gorsblock</i> Johannes Schmidt-Wodder.....	23
<i>Karl Borchers</i> Es gibt schon viele Brücken.....	32
<i>Friedrich Ernst Peters</i> Nationale Empfindlichkeit (Susceptibilité nationale).....	35
<i>J. Moritzen</i> Die Persönlichkeit des Reformationskönigs Christian III.....	43
<i>Hanno Schmidt</i> Grenzlandgeschichte von Norden gesehen.....	49
Umschau ab Seite 52	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland). Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. — Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ZUM NEUEN JAHRGANG

Am Anfang dieses Heftes stehen die Porträts dreier Nordschleswiger, zwei von ihnen sind Deutsche, einer ist Däne. In der Schilderung Theodor Kaftans (Johannes Tonnesen), in dem von Hans Schmidt entworfenen Bilde der politischen Persönlichkeit Johannes Schmidt-Wodders und in der Studie Troels Finks über Hans Peter Hanssen erhält der Leser ein Bild der bewegenden politischen und kulturellen Kräfte Nordschleswigs vor dem ersten Weltkrieg. Wenn wir unsere Autoren um diese Porträts gebeten haben, dann geschah es, um in den Bildern der führenden Persönlichkeiten in lebendiger Weise die Kenntnis der Geschichte unserer Heimat zu vertiefen. Wir haben die Absicht, dem Jahrgang 1959 der Grenzfriedenshefte das Gepräge durch eine ganze Reihe solcher Porträts zu geben. Redakteur L. P. Christensen wird im nächsten Heft einen Aufsatz über Jens Jessen veröffentlichen. Dr. Peter Hansen Petersen schreibt über den Staatskommissar Köster, der Unterzeichnete über Ernst Schröder. Weiter sind Aufsätze über Otto Scheel, J. P. Nielsen u. a. geplant. Eine Studie über Emil Nolde und W. A. Linnemann werden Zeugnis von der künstlerischen Potenz der Grenzlandschaft ablegen. Der Jahrgang 1959 unserer Hefte möge so ein Bild der Menschen und geistigen Kräfte in den vergangenen Jahrzehnten in großen Linien bringen.

Den Lesern dieses Heftes wird überraschend deutlich, daß die geschilderten Persönlichkeiten sehr ideenreich waren, daß man aber vom heutigen Blickpunkt her versucht ist, sie kontaktarm zu nennen, was das Verhältnis des einzelnen zum national anders gesinnten Landsmann angeht. Sie lebten nebeneinander her. Mag dies nun an der Selbstgenügsamkeit des Zeitgeistes in beiden Völkern gelegen haben, mögen andere persönliche Gründe mitsprechen, wir glauben, heute eine wesentliche Veränderung des politischen und menschlichen Klimas feststellen zu können. Man spricht mehr miteinander, ja, man sucht einander. Wie sehr man das im Alltag tut, zeigt der Aufsatz von Borchers, wie sehr man nach den Katastrophen

umzudenken versucht, zeigt der Aufsatz von Friedrich Ernst Peters über die nationale Empfindlichkeit. Hier ist zwar von Frankreich und Deutschland die Rede. Dem Leser aber wird die Nutzenanwendung auf unsere Verhältnisse nicht schwer fallen.

Dr. H.P.J.

Theodor Kaftan, Generalsuperintendent von Schleswig

„Man holt doch jedesmal erst tief Luft, wenn man vor seiner Tür steht und sein ‚Herein‘ hört.“ Dieser Ausspruch stammt von einem älteren, hoch in Ansehen bei Kaftan stehenden Pastor.

So war er seinem Wesen nach. Aber dieser Abstand war nicht Pose, zum allerwenigsten Ausdruck eines betonten hierarchischen Bewußtseins.

Er kargte mit Anerkennung, war aber auch sehr zurückhaltend mit Tadel, auch wo ein solcher am Platze gewesen wäre. Aber es müßte ein merkwürdiger Pastor gewesen sein, der nicht fühlte, wie er mit seinem Generalsuperintendenten dran war.

Kaftan konnte ein starkes Vertrauen schenken, aber Vertraulichkeit ließ er nicht leicht aufkommen. Es ist geradezu kennzeichnend für den Geist und die Seelsorge, in denen er in diesem unruhigen und aufgewühlten Teil seines Sprengels seine bischöfliche Sendung übte: er schenkte oft sein Vertrauen gerade denen unter seinen Pastoren, die ihm gegenüber, dem preußischen Konsistorium, der preußischen Regierung in Schleswig und Berlin und seinen mancherlei und manchmal sehr eigenwilligen theologischen Widersachern die allergrößten Schwierigkeiten bereiteten. Und dieses Vertrauen offenbarte er nicht etwa durch einen Händedruck unter dem Tisch.

Ohne Kaftan als unserem Generalsuperintendenten ist es völlig undenkbar, daß diese unsere nordschleswigsche Kirche gerade in den letzten Jahrzehnten vor ihrer Eingliederung in die dänische Kirche mitten in den wachsenden Volksnöten des nationalen Gegensatzes als Glied einer Staatskirche im Zeitalter des Nationalstaates die Breitem und Tiefenwirkung gewann, über die sich der erste dänische Bischof D. Amundsen sehr eindeutig ausgesprochen hat.

Kaftan brachte sehr wichtige Voraussetzungen mit für sein Amt. Er war gründlich vertraut mit den theologischen und kirchlichen Bewegungen in der dänischen Kirche und blieb das. Stets hatte er auf diesem Gebiet sachverständige Pastoren an der Hand, mit denen er im Gespräch blieb. Das war um so wichtiger, je stärker die kirchlichen Erweckungen, Bewegungen und Lebensformen vom Norden zu uns kamen und diesem Teil der schleswig-holsteinischen Landeskirche bis zur Sprachgrenze ein Gepräge gaben, die ihn zunehmend dem deutschsprachigen Süden entfremdete.

Das Charakteristische der dänischen Kirche war ein Zeitalter von

Erweckungsbewegungen starken Eigengepräges. Da waren die Grundtvigianer, denen es um ein waches Gemeinde- und Glaubensleben im erwachten Volkstum ging, und da war die pietistisch ausgerichtete „Indre Mission“, die ihren Ansatz in der Bekehrung des einzelnen und dessen Aussonderung von der „Welt“ im frommen Bibelkreis suchte. Diese beiden, sich hart widerstreitenden Bewegungen haben sich nie darüber verständigen können, was die Kirche nun eigentlich bedeute; jedenfalls aber nicht mehr als ein äußerer Rahmen, der mehr und mehr das Wesen einer geheiligten Institution, wie in Vorväterzeiten, verlöre.

Kaftan hat dieser Entwicklung bei uns erst zögernd und besorgt, aber dann in wachsendem Maße Rechnung getragen. Das drückte er wohl am deutlichsten aus, wenn er sich dazu bekannte, daß in diesen allerschwierigsten Verhältnissen Pastoren mit gebundener Marschroute lahmgelegt würden. Dieser Ausdruck der gebundenen Marschroute stammt von ihm und richtete sich dagegen, den Pastoren gegenüber den aufbrechenden Bewegungen der Frömmigkeit und vor allem gegenüber dem Nationalitätenkampf Verhaltensregeln vorzuschreiben. Aber gerade dieses beides war es, was vom Generalsuperintendenten gefordert wurde.

Kaftan war nur wenige Jahre im Amt, als er eines Tages in seinem Amtszimmer im Regierungs-Amtsblatt — es war das Jahr 1889 — die Küchlersche Sprachverordnung las, jenes verhängnisvollste Dokument, das deutlich das Zeichen der Kampfansage gegen die dänische Muttersprache im Raum der Kirche — im Religionsunterricht der Schule, im Konfirmandenunterricht des Pastors, im Gottesdienst — trug. Das las der schleswigsche Generalsuperintendent im Amtsblatt, als ob es ihn eben- so wenig etwas anginge wie etwa Verordnungen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche!

Daß hiermit ein Abwehrkampf zur Erhaltung der Muttersprache einsetzte, der Abwehrkämpfe an einer immer breiter werdenden dänischen Front nach sich zog, ist uns sehr vertraut.

Wir schauen auf Kaftan!

Dänischerseits hat man vielfach gemeint, gegen ihn den Vorwurf erheben zu können, daß er versagt hätte. Er sei gehemmt gewesen, da er sich zu einer allmählichen, in ruhiger Entwicklung fortschreitenden Eindeutschung bekannt hätte. Da kann man nur, besonders seinen Kritikern von damals, erwidern: Wer in solchem Gedankengang zur Lösung der nationalen Frage unserer Heimat ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf ihn!

Hätte er die Kabinettsfrage stellen sollen? Wer will darüber urteilen, daß er sich dafür nicht entschied? Er war — das ist bekannt — bei seiner Berufung an manchen einflußreichen Stellen des Staatsapparates nicht genehm. Denn man witterte in ihm einen unbequemen Kirchenmann. Seine Berufung zog sich bängstigend lange hinaus.

Laß ihn doch die Kabinettsfrage stellen! Wir werden schon für einen bequemeren Nachfolger sorgen! Wer will darüber urteilen, daß Kaftan um der Kirche willen nicht diesen Schritt tat?

Hatte es die Pastorenschaft Nordschleswigs hinter sich, um einem solchen Schritt mindestens Nachdruck zu verschaffen? Die Tragik der Situation war doch, daß der Aufbruch der Pastorenschaft zur Sprachenfrage versagte. Hier wirkte sich jene vermeintlich lutherische Lehre vom Gehorsam gegen den Obrigkeitsstaat aus. Darin waren es nicht bloß die nordschleswigschen Pastoren, die sich als gute Lutheraner fühlten. Im neuen Jahrhundert wurde dieses lutherische Staatsdenken in einen Schmelztiegel geworfen. Aber in der damaligen Not unserer Heimat ist und bleibt es die große Tragik.

Hinzu kommt, daß sich in der Pastorenschaft theologische Widerstände gegen den jungen Generalsuperintendenten zusammenballten. Er gefährdete die Rechtgläubigkeit mit seiner „modernen Theologie des alten Glaubens“, mit der er in den damaligen theologischen Auseinandersetzungen an der Führung stand. Andere Gruppen nahmen es ihm sehr übel, daß er nicht energisch den „Unfug“ der aufkommenden Laienpredigt verbot. Diese gefährdete das Amt und verwirre die Gläubigen. Auch sei dieses Neue gegen das lutherische Bekenntnis der Augsburgischen Konfession. Kaftan tat ihnen den Gefallen nicht. Ja, es zeigte sich bald, daß er gelegentlich bei Neubesetzung von Pfarrstellen in Gemeinden, in denen der Kirchenschlaf chronisch zu werden drohte, junge Pastoren dieser Erweckungsrichtung berief.

Der Kampf um das Lebensrecht der dänischen Sprache im Raume der Kirche, in Schule und Gottesdienst ist nie zur Ruhe gekommen. Er konnte nicht zur Ruhe kommen. Kaftan hat es nicht durchsetzen können, daß das schwerwiegendste Ärgernis beseitigt wurde. Das bestand darin, daß alle Kinder pflichtmäßig deutschen Religionsunterricht nehmen mußten, in dem sie den schon für damalige Zeiten überladenen Gedächtnisstoff lernen mußten. Dänischer Religionsunterricht wurde daneben ermöglicht, aber — fakultativ, das heißt nicht nur, das es ins Ermessen der Eltern gestellt wurde, sondern daß am Anfang eines neuen Schuljahres die Einschulung der Schulanfänger in den nationalen Zwist hineingeriet.

Das erste Jahrzehnt dieses Zustandes ist gekennzeichnet dadurch, daß eine wachsende Anzahl von Pastoren sich nicht einfangen ließen in den Maschen dieses Netzes von Sprachverordnungen und sich in meist sehr weitherziger Weise das Bibelwort zu eigen machten: Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig. Kennzeichnend ist die Tatsache, daß Anklagen, Anzeigen, Denunziationen, die sich gegen die Pastoren an die Regierung in Schleswig und in Berlin, an das Konsistorium der Landeskirche wandten, allmählich abnahmen, dafür aber kamen in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkriege wiederholt

heftige Angriffe in beiden preußischen Parlamenten, im Abgeordneten und im Herrenhaus, auf den Generalsuperintendenten von Schleswig, dieser reise „immer noch“ auf Visitationen durch die Gemeinden, versammle die Jugend der doch deutschen Schulen auf dem Kirchensteig, halte dänische Katechisationen mit ihnen, in denen er ihnen den ganzen lutherischen Katechismus auf dänisch abfrage und dabei nicht im Stich *gelassen* würde. Als Kuriosum sei berichtet, wie ein Landrat sich als Vorgesetzter der Pastoren in die Brust warf, indem er mehrere Male einen ihm Mißliebigen zitierte und ihm einen Verhör in feierlicher Aufmachung unterzog, da er seine Pflicht als königl. preußischer Ortsschulinspektor gröblich verletze. Als dieser sich einer Vernehmung strikte widersetzte, zu der der Landrat gar keine Vollmacht hätte, wurde er mit der Aussage entlassen, seine Entlassung als Ortsschulinspektor würde erfolgen. Sie ist in beiden Fällen nicht erfolgt, sondern nach zwei Wochen erhielten die betreffenden Pastoren aus dem Kultusministerium ein Schreiben mit der Unterschrift des Ministers, der Landrat sei angewiesen, von jeglicher Verfolgung, die angedroht sei, abzustehen. Es war kein Zweifel: dahinter stand Kaftan. Er war kein Freund dieses Zopfes der Ortsschulinspektion, aber er bat uns immer wieder, von einer Einzelentscheidung, das Amt aufzugeben, abzusehen. Und die Begründung dafür lautete: Lassen Sie in Nordschleswig um der Lehrer und der Gemeinden willen den Zustand bestehen, um nicht den Weg freizumachen für kommissarische Besetzungen, wie es bei den an sich ehrenamtlichen Amtsvorstehern anscheinend immer mehr beliebt wird.

Dänischerseits ist über die Bemühung der Kirche um die Erhaltung der dänischen Kirchensprache sehr oft das Urteil gesprochen worden, es sei alles zu spät gewesen!

Jetzt, nach einem so langen Abstand von den Vorgängen, dürfte die Frage berechtigt sein: Stehen die Jahrzehnte seit dem Spracheskript unter dem Zeichen einer zunehmenden Verkümmernng des kirchlichen Lebens, wurden die Generationen, die in diesen Zeitläuften getauft und konfirmiert wurden, zunehmend der Gemeinde entfremdet und einer kirchlichen Verwahrlosung ausgesetzt?

Die Antwort wird sich ergeben aus dem, was wir jetzt darzustellen haben.

Die pietistisch geprägte Erweckungsbewegung der „Indre Mission“ galt weithin als Winkelchristentum kleiner Kreise. Aber etwa vom Anfang des Jahrhunderts an zeigte es sich, daß diese Frömmigkeit im Volke stark an Boden gewann und eine zunehmende Breiten- und Tiefenwirkung entfaltete. Am deutlichsten wurde das in einem heute kaum mehr vorstellbaren Aufbruch der Jugend sichtbar. Am Himmelfahrtstage jeden Jahres sammelten sich an einer Reihe von leicht erreichbaren Orten Tausende von jungen Menschen zu christlichem Geschehen. Der Zustrom war so groß wie zu den großen Heidenmissionsfesten, die traditionell alljährlich in Christiansfeld und Tingleff ihre Stätte hatten.

Hier meldete sich die Generationskrise an, die jede religiöse Erweckungsbewegung durchstehen muß, wenn sie nicht erstarren will.

Die frommen Kreise des Ursprünglichen konnten sich das nicht anders denken, als daß ihre Jugend es ihnen gleichmachen und daß sie sich in den frommen Kreisen der Alten behüten lassen müsse. Aber gerade das will die Jugend nicht. Sie will ihre eigene, die ihr selbst gemäße Entfaltung und Bewährung. Wo aber waren dafür Ansätze? Wohin wurde diese Jugend gerufen, wenn nicht in die Front ihres dänischen Volkstums!

Religiöse Erweckungsbewegungen können sich nicht in einen luftleeren Raum hinein entfalten. Dann werden sie sich selbst sehr bald genug und erstarren.

Darüber mußten sich die in der Bewegung führenden Pastoren klar werden, daß es mit der offiziellen Auffassung der Kirche in Nordschleswig dem Ende zutriebe, wenn sie so tun müsse, als ob die dänische Volksbewegung eine Sache sei, die sie nichts anginge oder gar Christenmenschen gefährde. Wir haben das nicht mit voller Klarheit gesehen. Hier tauchte eines der Probleme auf, um die heute die ganze Christenheit in großer Beunruhigung ringt. Aber wir versuchten zu handeln und erweiternden Radius unserer volksmissionarischen Durchdringung unseres Volkes und bezogen in diesen ein — die dänischen Versammlungshäuser! Heute wird man nicht ermaßen können, wie dieser Schritt auf staatliche und kirchliche Behörden wirken mußte.

Es ist nicht zu Verboten gekommen. Und das hat Kaftan verhindert. Nicht einmal eine Art Kompromiß, der den Schein erwecken sollte, als ob wir uns einer besonderen Kontrolle unterstellten — wir lehnten ab —, hat er zugelassen.

Kaftan wollte nicht gefragt werden. Und wir haben ihn nicht gefragt. Wir holten uns nicht bei ihm eine Legitimierung unseres oft gewagten Handelns. Aber wenn sich das Unwetter je und je beruhigt hatte, liebte er Gespräche. In diesen war er nicht der Vorgesetzte, sondern wir waren seine Gesprächspartner. Es ging um eine gemeinsame Sorge. Unsere Kirche durfte im Grenzland Nordschleswig um keinen Preis „ein Mittel zum Zweck“ werden. Das bedeutet, daß sie ihrer biblischen und reformatorischen Sendung nicht gerecht werden könne, wenn sie irgendwelchen noch so hohen Werten dienstbar gemacht würde, sei es als Staatskirche, sei es als Nationalkirche.

Wir nordschleswigschen Menschen haben die Fülle dessen, was uns reich macht, gemeinsam: die Sprache, die Sitte, die Blutsbande, den Humor und die Frömmigkeit. Soll von dieser Fülle des Gemeinsamen die Frömmigkeit ausgeklammert werden? Soll der dänische Nachbar nicht mehr mit dem deutschen Nachbarn in ihrer gemeinsamen Dorfkirche das Wort Gottes hören und die heilige Kommunion mit ihm teilen? Warum soll er das nicht? Etwa weil die Kraft der Kirche dazu nicht ausreicht, daß beide darin die tiefste Geborgenheit miteinander teilen? Die Formel: „Die Kirche darf nicht Mittel zum Zweck werden“ stammt nicht von

Kaftan. Sie findet sich in dem Briefwechsel zwischen dem Bischof von Seeland, Professor D. Martensen und seinem Freunde, dem deutschen Theologieprofessor Dorner aus den bewegten Jahren unserer Heimat von 1848 bis 1864. In diesem umfassenden Briefwechsel handeln diese beiden Kirchenmänner oft von sehr entgegengesetzten politischen Urteilen aus die Frage der Kirche ab und finden immer wieder darin zusammen, daß die Kirche um keinen Preis „Mittel zum Zweck werden dürfe“.

In unserem Zeitabschnitt, wo Kaftan schleswigscher Bischof war, wird wieder um diese Not der Kirche in unserer Heimat gerungen. Und wir warten auf die angekündigte Sammlung der Briefe zwischen ihm und seinem Bruder, dem Berliner Theologieprofessor Julius Kaftan.

Zwischen Kaftan und Martensen liegen etwa fünfzig Jahre, und zwischen uns und Kaftan wiederum fast die gleiche Zeitspanne. Wir stehen vor der Tatsache, daß die außerchristliche Völkerwelt die Christenheit der alten Welt leidenschaftlich anklagt: Ihr habt euer Christentum als Mittel zum Zweck so mißbraucht, daß wir nichts von euch erwarten!

Wir meinen, daß D. Kaftan doch wohl von daher zu werten sei, daß er von der Unruhe um die Echtheit der Sendung der Kirche tief ergriffen war und das Seine dazu tat, daß diese Unruhe nicht eingeschläfert wurde.

Hans Peter Hanssen

Hans Peter Hanssen wurde im Jahre 1862 geboren — zwei Jahre vor dem Kriege von 1864, und er starb im Jahre 1936 — drei Jahre nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland, In dieser Periode sind die zwei Hauptbegebenheiten der dänischen Geschichte: *Dänemarks Niederlage im Jahre 1864* gegen Preußen und Österreich, was bedeutete, daß etwa 200 000 dänisch gesinnte Süderjüten unter Fremdherrschaft gerieten, und die *Wiedervereinigung* im Jahre 1920, als Nordschleswig nach einer Volksabstimmung wieder mit Dänemark vereinigt wurde. Der Höhepunkt in Hans Peter Hanssens Leben war sein Einsatz für die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark in Übereinstimmung mit dem Nationalitätsprinzip von 1918 bis 1920. Der Inhalt seiner politischen Arbeit vor der Zeit war sein Kampf zur Bewahrung eines stark dänisch gesinnten, dänisch fühlenden und dänisch wollenden Elements in Süderjütland. Nach der Wiedervereinigung war das Ziel seiner Bestrebungen, Nordschleswig für Dänemark zu erhalten sowie die Grenze von 1920 gegen die Forderungen auf Grenzverlegung zu sichern, die trotz des Nationalitätsprinzips von deutscher Seite erhoben wurden.

Auf diese Weise kann man in großen Zügen das politische Leben von Hans Peter Hanssen umreißen; will man sich aber eine Vorstellung seines Lebens und Wirkens bilden, muß man zunächst nach den politischen und persönlichen Voraussetzungen fragen, um danach festzustellen, in welcher Weise die äußeren Verhältnisse, die Idee und die Persönlichkeit zusammenwirkten.

Die grundlegende politische Voraussetzung war der Krieg von 1864, der damit endete, daß dänische Süderjüten von der Verbindung mit Dänemark abgeschnitten wurden. Aber die Lösung von 1864 war nicht endgültig. Die beiden Sieger führten im Jahre 1866 Krieg miteinander. Preußen schlug Österreich, aber als Österreich im Frieden von Prag seine Rechte in bezug auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein an Preußen abtreten mußte, geschah dies unter dem Vorbehalt, daß die Bevölkerung in den nördlichen Distrikten das Recht haben sollte, durch Abstimmung die Wiedervereinigung mit Dänemark zu erlangen. Das war der berühmte § 5. In Dänemark und unter den dänischen Nordschleswigern rief der § 5 große Begeisterung hervor, und die dänischen Süderjüten führten in den folgenden Jahren ihre Politik im Vertrauen auf die Erfüllung dieses Versprechens. Sie protestierten dagegen, daß Nordschleswig in Preußen einverleibt wurde. Ihre Vertreter im preußischen Landtag lehnten den Eid auf die

preußische Verfassung ab, dänisch gesinnte Pastoren mußten ihre Ämter aufgeben, weil sie den Eid auf den preußischen König nicht ablegen wollten, dies alles, um die Forderung auf Erfüllung des § 5 zu unterstreichen. Auch hinsichtlich der Wahl der Staatsangehörigkeit protestierten die Dänischgesinnten. Bis zum Jahre 1870 konnten die Einwohner der beiden Herzogtümer wählen, ob sie die deutsche oder die dänische Staatsangehörigkeit haben wollten. Zu Tausenden wählten junge Dänen die dänische Staatsangehörigkeit, um sich der deutschen Wehrpflicht zu entziehen. Falls die Wiedervereinigung innerhalb kurzer Frist erreicht werden konnte, lag keine Veranlassung vor, in dem verhaßten preußischen Heer zu dienen — so dachte man.

1867 bis 1868 verhandelten die dänische und die preußische Regierung wegen Erfüllung des § 5, aber die Verhandlungen verliefen im Sande. Viele Dänen vertrauten auf Frankreich und hofften, daß ein französisch-deutscher Krieg Vorteile für Dänemark bringen würde, aber dieser Krieg wurde eine große Enttäuschung. Deutschlands Sieg über Frankreich vernichtete die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung. Die jungen Dänen wanderten jedoch weiter aus, um sich der deutschen Wehrpflicht zu entziehen. Da die Frist zu optieren im November 1870 abgelaufen war, mußten die jungen Männer vor Aufnahme in die Militärrolle, d. h. vor Erreichung des 17. Lebensjahres, auswandern, und sie konnten nie zurückkehren, auch nicht auf kurzen Besuch. Um 1880 war Nordschleswig ein Land ohne männliche Jugend.

Im Laufe der Jahre wurden die dänischen Führer immer bedenklicher bei dem Verlust der jungen Männer. Wenn die Auswanderung weiterginge, würden eines Tages nicht genügend dänische Stimmen für eine mögliche Wiedervereinigung mit Dänemark vorhanden sein, und wenn man, wie die Dänen es taten, ihre Politik auf dem Nationalitätsprinzip aufbaute auf dem Gedanken, daß die Grenze nach dem Willen der Bevölkerung gezogen werden sollte, mußte die Erhaltung der Mehrheit selbstverständlich von alles überragender Bedeutung sein.

Dies war das erste politische Problem, zu dem H. P. Hanssen Stellung nehmen mußte. Als sein siebzehnter Geburtstag im Jahre 1879 sich näherte, mußte er sich entscheiden, ob er wie viele andere junge Dänen auswandern oder ob er in der Heimat bleiben sollte. Hier treten nunmehr die persönlichen Voraussetzungen in Erscheinung.

Er war geboren auf dem Hofe „Nørremølle“ in der lieblichen Ostküstenlandschaft Sundewitt nahe bei Düppel, wo im Jahre 1864 die dänischen Truppen der deutschen Übermacht unterlagen. Er beabsichtigte, Landmann zu werden, und er war der nächste dazu, den Hof zu übernehmen; ein älterer Bruder war ausgewandert. Die Überlegungen, ob er auswandern oder bleiben sollte, sollen geschildert werden, wie er sie selbst in seinen Erinnerungen dargestellt hat.

„Wir Jungen wurden damals in einem allzu frühen Alter vor die schicksalsschwere

Wahl gestellt. Ich grübelte und grübelte darüber nach, konnte aber nicht zur Klarheit kommen. Der Zeitpunkt der Entscheidung rückte von Tag zu Tag näher, und ich war immer noch ratlos. Eines Morgens sagte mein Vater zu mir: ‚Wir wollen nicht bis zum letzten Augenblick warten, bis wir das Ersuchen um Auswanderungszulassung einreichen. Wenn du reisen willst, darf es nicht auf Zufälligkeiten beruhen, ob es bewilligt wird. Es ist lange genug hin und zurück geredet worden. Nun mußt du dich innerhalb drei Tagen entscheiden, ob du bleiben oder auswandern willst.‘

An welchem Tage Vater mir die Bedenkzeit von drei Tagen gab, weiß ich nicht, aber es muß kurz nach Neujahr 1879 gewesen sein. Ich erinnere mich deutlich, daß es ein Sonntagmorgen mit starkem Reif war. Die Erde bedeckte eine leichte Schneedecke; der Alsensund war zugefroren. Noch unentschlossen, nahm ich mein Gewehr und ging herunter am Bach hinab zum Strande, um Wildenten zu schießen. Nie vergesse ich die herrliche Winterlandschaft; der Wald war mit Reif bedeckt. Die Sonne erhob sich über Alsen und sandte ihre langen Strahlen über das Land, so daß es in funkelnder Pracht dalag. Der Eisvogel in seiner Farbenpracht glitt lautlos über den Wasserspiegel dahin. Ab und zu erhoben sich Enten mit pfeifendem Flügelschlag aus dem Bach und strebten über den eisblanken Sund dahin. Gegen Mittag ging ich nach Hause, ohne Klarheit erlangt zu haben. Ich konnte nicht mit der Frage fertig werden, ob mein Platz — was auch dagegen sprach — doch nicht in den Reihen der dänischen Armee sein würde, wenn ich für Südjütland kämpfen wollte. Um diese Frage zu klären, ging ich nachmittags hinaus nach Düppel. Auf der erinnerungsreichen Höhe, wo der Kampf mit den blanken Waffen hin und zurück gegangen war, wollte ich allein und in aller Ruhe die schicksalsschwere Wahl treffen. Ich erinnere mich noch deutlich an die Wanderung dahin. Ich sehe mich noch sitzend auf den Resten der Pulverkammer in Schanze IV, von wo ich meinen Blick über die schneebedeckte, sonnenbeschienene Winterlandschaft mit den vielen wohlbekannten, erinnerungsreichen Stätten schweifen ließ, während ich noch einmal das „Für“ und „Wider“ überlegte. Langsam reifte mein Entschluß. Hier oben war der Kampf um Südjütland mit den blanken Waffen geführt worden; aber niemand wußte, ob dieses wieder der Fall sein würde. Nun stand der Kampf auf geistiger Grundlage. Die Deutschen drängten erobernd vorwärts; die Väter fielen ab, und die Söhne wanderten aus. Nordschleswig brauchte, wie nie zuvor, eine Jugend, die den Kampf weiterführen wollte. Und das wurde mir klar, daß es unter diesen Umständen meine unabänderliche Pflicht sei, alles andere beiseite zu schieben, um meinen Platz in den kämpfenden Reihen einzunehmen.

Als ich zu diesem Entschluß gekommen war, ging ich in der Dunkelheit nach Hause und teilte meinem Vater gleich mit, daß ich zu Hause bleiben und mich der preußischen Wehrpflicht unterziehen wolle. Dies erleichterte deutlich meines

Vaters Herz.“ Kurze Zeit danach wurde es öffentlich bekannt, daß der Artikel 5 durch Vereinbarung zwischen Österreich und Deutschland aufgehoben worden war.

Alle Dänen empfanden die Aufhebung des § 5 als Demütigung und als Kränkung ihres Rechts. Verlangen und Hoffnung auf Abstimmung gaben sie nicht auf, aber sie mußten erkennen, daß Preußen niemals gutwillig Nordschleswig aufgeben würde. Die Dänen änderten nun ihre Politik. Die Jugend blieb, und man richtete sich auf längere Zeit unter deutscher Herrschaft ein. Aber der preußische Staat hatte Interesse daran, Nordschleswig möglichst schnell zu germanisieren, um diesen Landesteil unter allen Wechselfällen für Deutschland zu erhalten. Das entscheidende Glied in dieser Germanisierungspolitik war die im Jahre 1889 in Kraft tretende Bestimmung, nach der die dänische Sprache aus den nordschleswigschen Schulen verbannt wurde, abgesehen von zwei Religionsstunden.

Ursprünglich war es der Wunsch H. P. Hanssens, den Hof seines Vaters zu übernehmen. Er gab aber diesen Plan auf und bereitete sich auf den Beruf eines Politikers vor. Er ließ den Pflug stehen und im Geiste Grundtvigs erhielt er auf der erweiterten Volkshochschule in Askov in drei Wintersemestern seine grundlegende Schulung, und nach freien Studien in Kopenhagen und Leipzig war er im Jahre 1888 bereit, anzufangen. Er wurde Sekretär für eine neu gegründete politische Organisation: den Nordschleswigschen Wählerverein. Im Laufe weniger Jahre bekam Nordschleswig eine feste politische Organisation. Für H. P. Hanssen bedeutete das eine Ausweitung der persönlichen Kontakte. Fortwährend kamen Leute um Rat zu ihm, und seine Hilfsbereitschaft war legendär. Im Jahre 1893 übernahm er die Apenrader Zeitung „Hejmdal“, die sein politisches Sprachrohr wurde.

Die Tätigkeit H. P. Hanssens war vielseitig. Im Laufe eines einzelnen Tages wurde er aufgefordert, „die Satzungen eines geselligen Vereins auf Aلسen zu schreiben; ein billiges Darlehen für einen Hofbesitzer südlich von Riepen zu beschaffen, seine Meinung über eine Steuerfrage zu äußern, und geeignete Schauspiele für eine Laiengruppe in der Nähe von Hadersleben vorzuschlagen“.

Auf zahlreiche Weise wurden der dänischen Bevölkerung Hindernisse hinsichtlich Ausübung der dänischen Kultur in den Weg gelegt; und die Dänen waren sehr erfinderisch darin, diese Hindernisse zu überwinden; als die Schule verdeutsch wurde, besuchten die jungen Nordschleswiger die Nachschulen und als Erwachsene die Volkshochschulen im Königreich, um die Geschichte Dänemarks und ihre Muttersprache schreiben zu lernen. Den Zwang des deutschen Staates fühlten die Dänen als eine Herausforderung ihres Selbsterhaltungstriebes, und der erste große Einsatz H. P. Hanssens bestand in der Organisation des Widerstandes gegen die Germanisierungsversuche, um eine freie politische und

kulturelle Arbeit aufzubauen.

Heute sieht man es als selbstverständlich an, daß eine nationale Minderheit das Recht hat, ihr kulturelles Leben nach ihren eigenen Wünschen einzurichten, und der Staat leistet innerhalb gewisser Grenzen seinen Beitrag dazu. Dieser Gedanke war dem kaiserlichen Deutschland völlig fremd. Es war selbstverständlich, daß der staatliche Machtapparat, d. h. die Beamten aller Grade, nicht allein im Dienst, sondern auch außerhalb des Dienstes die Interessen des Staates förderten, d. h. dafür wirkten, daß die Bevölkerung allmählich deutsch würde; und man hielt es für an- gebracht, alle Machtmittel anzuwenden, um jedem Versuch entgegenzutreten, das ererbte Dänentum zu erhalten. Aber es gab doch Grenzen, die der preußische Staat nicht überschreiten konnte. Das kaiserliche Deutschland war im Gegensatz zum Hitler-Deutschland ein Rechtsstaat, d. h. die Gerichte mußten sich nach den Gesetzen richten, auch wenn die Entscheidungen gegen die politischen Interessen der Behörden ausfielen; auch war die Gleichheit vor dem Gesetz ein anerkanntes Prinzip. Das schloß nicht aus, daß untergeordnete Instanzen, wenn es irgend möglich war, den von der Regierung ausgehenden politischen Direktiven folgten, aber je höher man hinaufkam, desto unabhängiger waren die Gerichte. Das Reichsgericht in Leipzig und das Oberappellationsgericht in Berlin gaben auch den Dänen ihr Recht, wenn sie von den Behörden verfolgt wurden. Das war die Basis für H. P. Hanssens Politik. Er forderte seine Landsleute auf, ihre Pflicht als deutsche Staatsbürger zu tun, aber auch ihr Recht zu fordern. Die Schwierigkeit bestand darin, daß das Recht dauernd mit Füßen getreten wurde, so daß dauernd Rechtssachen durchgeführt werden mußten, damit die elementarsten bürgerlichen Rechte respektiert wurden. Oft trat H. P. Hanssen mit Erfolg als Anwalt gegen die Behörden auf. Besonders ernst wurden die Verhältnisse um das Jahr 1900, als Ernst Mathias von Köller Oberpräsident in Schleswig-Holstein war. Er gab der „Köllerpolitik“ den Namen. Als die Köllerpolitik ausebbte, konnte H. P. Hanssen feststellen: Der Weg der Köllerpolitik ist mit verlorenen Prozessen gepflastert.

Im Jahre 1896 war H. P. Hanssen, nur 34 Jahre alt, zum Mitglied des preußischen Landtages gewählt worden. Hier vertrat er mit seinem Freund Gustav Johannsen zusammen die Dänen. Gustav Johannsen war zugleich Mitglied des Reichstages. Beide waren Anhänger der sogenannten „Verhandlungspolitik“. Sie versuchten die Interessen ihrer Landsleute bestmöglichst wahrzunehmen, indem sie die Übergriffe der lokalen Beamten zur Sprache brachten. Sie betrachteten das Vorhandensein einer dänischen Mehrheit in Nordschleswig als die wichtigste Voraussetzung einer zukünftigen Wiedervereinigung mit Dänemark, und ihr erstes Ziel war, die dänische Bewegung auf allen Gebieten zu stärken.

Als H. P. Hanssen zum Mitglied des Landtages gewählt wurde, war es gegen den ausgesprochenen Wunsch des Redakteurs vom „Flensborg Avis“, Jens Jessen.

Der Gegensatz zwischen H. P. Hanssen und Jens Jessen war schon mehrere Jahre alt und war nicht nur politisch. Jens Jessen war der ältere von den beiden. Er war ein hervorragender Redakteur und ein glänzender Journalist. Durch die scharfen Artikel im „Flensburg Avis“ geißelte er seine Gegner und ermunterte seine Landsleute zum Kampf gegen die Germanisierungspolitik. Immer wieder betonte er mit Bezug auf den § 5, das Recht der Nordschleswiger auf eine Volksabstimmung. Die Behörden verfolgten ihn, und oft wurde er zu Gefängnisstrafen verurteilt. Er war eckig und bissig, und es konnte ihm schwer fallen, einen harmonischen Kontakt mit anderen zu finden. H. P. Hanssen hatte es in dieser Hinsicht viel leichter. Er konnte ohne Schwierigkeit mit den verschiedensten Menschen verkehren. Er hatte besondere Gaben im mündlichen Verkehr. Er war ein hervorragender Erzähler; und als Redner wurde er sowohl in Nordschleswig als auch in Dänemark stark in Anspruch genommen. Zum Bilde gehört auch, daß er ein großer Freund der Kinder war. Als Organisator hat er sowohl auf dem politischen, als auch auf dem kulturellen und wirtschaftlichen Gebiet hervorragendes geleistet. Wenn die Behörden Schwierigkeiten machten, wußte er immer einen Ausweg. Im Ziel waren Jens Jessen und H. P. Hanssen einig. Jessen legte aber größeres Gewicht auf den sogenannten Rechtsstandpunkt als H. P. Hanssen. Jessen wollte den § 5 in den Mittelpunkt der politischen Argumentation stellen, während H. P. Hanssen den § 5 eher als einen Wechsel betrachtete, der im Augenblick nicht einlösbar war, den man aber zu gegebener Stunde präsentieren könnte.

Als Gustav Johannsen starb, wurde Jens Jessen sein Nachfolger, und er war in den Jahren 1902 bis 1906 Mitglied des Deutschen Reichstages. Nach dem Tode Jessens wurde H. P. Hanssen Reichstagsabgeordneter. Einige Schüler von Jens Jessen, besonders der Redakteur Ernst Christiansen, „FlensburgAvis“, und Redakteur A. Svendsen, „Dybbølposten“, Sonderburg, setzten die Politik Jessens fort. Im Jahre 1907 kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Dänemark schloß eine Konvention mit Deutschland ab, wonach die sogenannten Optantenkinder das Recht erhielten, preußische Staatsbürger zu werden. Bei dieser Gelegenheit hatte die dänische Regierung anerkennen müssen, daß Dänemark laut § 5 keine Rechte besaß. H. P. Hanssen traf eine bestimmte Unterscheidung zwischen den Rechten der Nordschleswiger, auf die er nicht verzichten wollte, und den Rechten des Königreichs Dänemark; es wurde ihm aber von seinen Gegnern übelgenommen, daß er die Handlungsweise der dänischen Regierung gutgeheißen hatte. Die Schüler Jessens hoben immer wieder die Bedeutung des § 5 als Grundlage für die dänische Politik in Nordschleswig hervor. Mehrere Jahre dauerten diese Streitigkeiten. Mißtrauen wurde gegen H. P. Hanssen gesät. Seine Politik wurde verdächtigt und er selber arg verleumdet. Im Jahre 1910 kam es zu einer Krise. H. P. Hanssen stellte sein Reichstagsmandat

zur Verfügung und forderte seine Gegner auf, einen neuen Kandidaten zu stellen. Dies war ihnen aber unmöglich, und H. P. Hanssen erhielt ein Vertrauensvotum. Die inneren Streitigkeiten flauten ab. Immer mehr anerkannt stand er in den Jahren vor 1914 als der erste Vertrauensmann seiner Landsleute da.

Auf dem großen Jahrestreffen der Dänen in Hadersleben im Juni 1914 hielt H. P. Hanssen eine Rede, die auf alle einen großen Eindruck machte. Wie sehr er jetzt der Sammelpunkt war, zeigt folgende Betrachtung seines alten Gegners, Redakteur A. Svensson, am Tage danach: „Nie waren in der Zeit nach 1864 so viele Dänen auf einmal versammelt, nie hat der Beifall dem Redner so entgegengedonnert wie hier, und nie ist wohl besser geredet worden. Mit bewundernswerter Kraft und Klarheit sprach H. P. Hanssen hier ungefähr eine Stunde; jedes seiner Worte erreichte die zahllose Menge der Zuhörer. Und jedes Wort zündete. Der schroffe Trotz, das stolze Bewußtsein der eigenen Stärke, die beißende Satire und das packende Feuer, das abwechselnd die groß angelgte Rede kennzeichnete, alles fand tönenden Widerhall, alles wurde blitzschnell verstanden. Hier saß ein Volk, welches durch die Rede des Leiters über den Alltag gehoben war — versetzt in einem Augenblick, in dem Geschichte und Zukunft sich in einer Vision vereinigen; hier stand ein Mann, von seinem Volk zu dem Größten gehoben, dazu Dolmetscher seiner Gedanken und Verheißungen, seines Lebensmutes und Lebenswillens zu sein. Scharfe Gegner in inneren Kämpfen und Auseinandersetzungen, aber mit demselben dänischen Bewußtsein, fanden hier einander, kampfgeweiht zu derselben Aufgabe, glücksgeweiht zu demselben Sieg.“ Das war eine der schönsten Stunden im Leben H. P. Hanssens.

Für dänische Nordschleswiger sind die Jahre vor dem ersten Weltkrieg mit besonderem Glanz umgeben. Nach vielen Rückschlägen gab es Fortschritte von Wahl zu Wahl. Man sagte, Nordschleswig wäre 1914 dänischer gewesen als 1864. Dies ist jedoch nur mit Vorbehalt richtig. 1914 waren in Nordschleswig mehr Deutsche als 1864 und relativ weniger Dänen, aber die Dänen waren 1914 bewußter dänisch, als es die Väter 1864 gewesen waren. Wenn die Zeit vor 1914 in einem besonderen Glanze steht, so erscheint das auch angesichts des damals ausgebrochenen Krieges. Es liegt kein Grund vor, den Verlauf des ersten Weltkrieges hier zu schildern. Die Ereignisse sind bekannt. Die dänischen Nordschleswiger taten ihre Pflicht und meldeten sich zu den Fahnen; aber das Herz war nicht dabei. H. P. Hanssen wurde bei Kriegsausbruch festgenommen, aber bald wieder freigelassen, so daß er während des ganzen Krieges seine Tätigkeit im Reichstag ausüben konnte. Aber zu Hause in Nordschleswig wurde alle Arbeit stillgelegt. Deutschland war im Kriege der verlierende Teil. Was für Deutschland den bitteren Abschluß eines harten Kampfes bedeutete, wurde für die dänischen Südjüten das Signal zur Verwirklichung ihrer optimistischsten Träume. Die Niederlage Deutschlands brachte die Hoffnung auf

Wiedervereinigung mit Dänemark. Es war für Südjütland von allergrößter Bedeutung, daß die Dänen 1919 bis 1920 einen Führer mit Erfahrung, Autorität, Weitblick und Tatkraft hatten. 1918 bis 1920 erlebte H. P. Hanssen seines Lebens Höhepunkt; seine Politik siegte, aber er selbst erlitt Enttäuschungen und Zurücksetzung.

Im Oktober 1918 akzeptierte Deutschland die von dem Präsidenten Wilson aufgestellten Punkte eines Friedens, darunter auch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Am 23. Oktober 1918, während noch der Krieg an allen Fronten tobte, erhob H. P. Hanssen im Deutschen Reichstag die Forderung nach nationaler Gerechtigkeit für Nordschleswig. Er wies auf § 5 und ebenfalls auf das Nationalitätenprinzip hin. Die deutsche Regierung erklärte in ihrer Antwort, daß Dänemark Forderungen auf Grund des § 5 des Prager Friedens nicht erheben könnte; aber mittlerweile erhielt H. P. Hanssen die Mitteilung, daß die deutsche Regierung nunmehr bereit wäre, das nordschleswigsche Problem nach dem Selbstbestimmungsrecht zu lösen. Unmittelbar nach der Revolution, am 9. November 1918, erhielt H. P. Hanssen schriftlich das Einverständnis der deutschen Regierung zur Ordnung der nordschleswigschen Frage. Die Initiative lag nun bei den dänischen Nordschleswigern, die sich nur eine Lösung durch Volksabstimmung denken konnten. Die politische Organisation, der Wählerverein, berief seine Aufsichtsratsmitglieder zu einer Versammlung in Apenrade am 16. und 17. November 1918. Hier entwickelte H. P. Hanssen sein Programm für eine Abstimmung. Nach seinem Vorschlag sollte die Abstimmung in Nordschleswig „en bloc“ vorgenommen werden. Nordschleswig bis zur jetzigen Grenze war die erste Zone. Ein Vorschlag, angrenzenden Distrikten Gelegenheit zur gemeindeweisen Abstimmung zu geben, wurde ebenfalls angenommen; das war der Keim zur sogenannten zweiten Zone, die im großen und ganzen den jetzigen Kreis Südtondern und die Gegend um Flensburg umfaßte. Von deutscher Seite kritisierte man sehr heftig die „en-bloc“-Bestimmungen, also daß Nordschleswig in einem abstimmen sollte. Die „en-bloc“-Bestimmung motivierte man damit, daß man die Enklaven vermeiden wolle; vor allem wollte man verhindern, daß die geographisch begrenzten Stadtgebiete, in denen die Deutschen in der Mehrheit waren, die hauptsächlich von Dänen bewohnten großen Landdistrikte majorisieren würden. Außerdem wünschte man, daß Rücksicht auf Eisenbahnlinien und Straßen usw. genommen würde. Bei Tondern wurde auch Rücksicht auf die Entwässerungsverhältnisse genommen, obwohl Tondern eine deutsche Mehrheit hatte. Das Programm für diese Lösung wurde der dänischen Regierung durch den dänischen Gesandten in Berlin überreicht, die die Wünsche der Süderjüten der Friedenskonferenz in Paris vorlegte. Es war Deutschlands Wunsch, die Schleswigfrage unmittelbar mit Dänemark zu ordnen, aber unter Berücksichtigung der vorliegenden Umstände waren direkte

Verhandlungen nicht möglich. Der Weg mußte über Paris gehen, wo das dänische Programm vom Friedenskongreß angenommen wurde. Ein Vorschlag inoffizieller dänischer Vertreter, einer Abstimmung in einer dritten Zone bis zur Schlei—Dannewirke—Eiderstedt, wurde ebenfalls angenommen, aber dagegen protestierte die dänische Regierung im Einvernehmen mit H. P. Hanssen, und der Punkt wurde daraufhin fallengelassen.

Eine ungeheure Arbeit bereitete H. P. Hanssen in den Jahren 1918 bis 1920 die Vorbereitung der Abstimmung und der Übergang auf die dänische Verwaltung; letzteres stand bezüglich Nordschleswigs von vornherein fest. Im Sommer 1919 wurde H. P. Hanssen Mitglied der dänischen Regierung Zahle. Als Minister konnte H. P. Hanssen die Arbeiten, die eine Grenzverlegung notwendig machten, zweckmäßiger leiten. Es waren rein sachliche Aufgaben, mit denen er sich beschäftigen sollte, aber als Minister wurde H. P. Hanssen in innerpolitische Gegensätze in Dänemark hineingezogen, die zu übersehen ihm die Voraussetzungen fehlten. Selten haben Regierung und Opposition einander so scharf gegenüberstanden wie in diesen Jahren; von nun an begegnete H. P. Hanssen beständig steigender Widerstand in dem rechtsorientierten Teil des öffentlichen Lebens in Dänemark. Seine Sympathien galten eigentlich der Venstre-Partei, aber die amtierende Regierung führte die radikale Venstre mit Unterstützung der Sozialdemokraten. Die Kritik an der radikalen Regierung, die während des Krieges verantwortlich war, war von seiten der Oppositionsparteien Venstre und der Konservativen Partei sehr heftig, und die Regierung hatte nur eine geringe Mehrheit im Folketing. Auch zu Hause waren die Gegensätze tief. Die alten Trennungslinien zwischen Jens Jessens Leuten und den Anhängern H. P. Hanssens traten mit erneuter Schärfe hervor. Die Wartezeit wurde lang, so daß genügend Zeit für die innere Auseinandersetzung blieb. Endlich, am 10. Februar 1920, fand die Abstimmung in der ersten Zone statt, in der die Dänen die Mehrheit erreichten, und im März 1920 in der zweiten Zone, in der die Deutschen die Mehrheit hatten; aber die dänische Stimmenzahl zeigte im Vergleich zur Reichstagswahl von 1912 großen Fortschritt. Die endgültige Abmachung wurde im Mai 1920 in Paris getroffen, aber eine heftige politische Unruhe war in Dänemark vorausgegangen.

In Dänemark gab es im März-April 1920 weite einflußreiche Kreise, die ungeachtet des Abstimmungsergebnisses die Abtretung Flensburgs an Dänemark wünschten. Diese konnten darauf hinweisen, daß viele zureisende Wähler infolge ungenauer Abfassung der Wahlbestimmungen Wahlrecht bekommen und die Stimmung beeinflußt hätten; auch konnten sie darauf hinweisen, daß Flensburg bei der ersten Wahl des Norddeutschen Reichstages eine dänische Mehrheit gehabt habe, ferner, daß die Stadt unter dänischer Verwaltung eine starke Einwanderung vom Norden haben würde. Diese Flensburg-Bewegung schmolz in den Parteien der Venstre und der Konservativen mit einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit

dem Ministerium Zahle zusammen. Diesen Strömungen gegenüber stellte H. P. Hanssen sich mit den übrigen Ministern auf den Standpunkt, daß das Abstimmungsresultat respektiert werden müßte.

Ende März erzitterte Dänemark unter einer der ernstesten Krisen in der modernen Zeit. Die Regierung Zahle wurde ohne vorhergehendes Mißtrauensvotum im Folketing verabschiedet, und damit fiel auch H. P. Hanssen. Nach einer kritischen und an Verwirrungen reichen Zeit mit beinahe revolutionärer Stimmung, die doch durch die Folketingswahl geklärt wurde, bildete im Mai 1920 die Venstre die Regierung mit Niels Neergaard als Chef. Die radikale Venstre erlitt bei den Wahlen eine schwere Niederlage. Die neue Regierung Neergaard mit Unterstützung der konservativen Partei begegnete H. P. Hanssen mit Unfreundlichkeit. Die Entscheidung über die Grenze war jedoch gefallen. Privaten Versuchen, eine Internationalisierung Flensburgs zu erreichen, gab die neue Regierung nur eine schwache Unterstützung, aber auch diesen Notausweg konnte H. P. Hanssen nicht befürworten. Seinem festen Standpunkt begegnete man mit fanatischen und stark persönlichen Angriffen; selten haben die Leidenschaften in dänischer Politik sich so stark geltend gemacht wie in den grenzpolitischen Tagen von 1920. Es dauerte lange, bis die Gemüter sich beruhigten, und der Gegensatz zwischen den Anhängern H. P. Hanssens, die man Apenrade-Männer nannte, und seinen Gegnern, die man Flensburg-Männer nannte, machte sich lange geltend. H. P. Hanssens Politik hatte gesiegt, aber persönlich erfuhr er Zurücksetzungen, und erst allmählich wurde ihm die verdiente Anerkennung zuteil.

Nach 1920 kam er nicht dazu, eine Rolle in der dänischen Innenpolitik zu spielen. Zur ersten Folketingswahl nach der Wiedervereinigung wünschte er nicht aufgestellt zu werden; als er 1924 zum Mitglied des Folketings als Vertreter der Venstre gewählt wurde, machte die politische Tätigkeit in Kopenhagen ihm keine Freude. Im Jahre 1926 zog er sich zurück. Seine Muße verwandte er mit dem Schreiben seiner Erinnerungen, von denen vier Bände vorliegen; sie umfassen die Zeit bis 1914. Sein großes Erzählertalent kam hier zur Entfaltung. Außerdem bekam er Zeit dazu, eine Anzahl Tagebuchnotizen aus den Kriegsjahren herauszugeben; diese enthalten mancherlei Aufklärung über deutsche politische Verhältnisse, die er im Reichstag in Berlin in nächster Nähe wahrzunehmen Gelegenheit gehabt hatte.

Aber wenn H. P. Hanssen auch nicht an der dänischen Innenpolitik teilnahm, wurde von seinen reichen Erfahrungen zu Hause in Nordschleswig doch Gebrauch gemacht. Die Ursache hierfür waren Gegensätze zwischen der dänischen Mehrheit und der deutschen Minderheit, die die erste Zeit nach der Wiedervereinigung prägten. Die deutsche Minderheit wünschte die Grenze wieder nach dem Norden zu verlegen, und viele Schleswig-Holsteiner wünschten dies ebenfalls. Diese Gegensätze waren besonders ausgeprägt 1925 und 1926, als

Nordschleswig von einer sehr ernsten Krise in der Landwirtschaft heimgesucht wurde. Von heimdeutscher Seite suchte man diese politische Unruhe, die infolge der Krise entstand, auszunutzen.

Mit Unterstützung des deutschen Staates wurde ein Kreditinstitut errichtet, das Darlehen an deutsche Bauern gewähren sollte; aber das Institut konnte auch, wo es angebracht schien, Darlehen an die sogenannten „blakkede“ und lauen Dänen geben, die man in politischer Beziehung beeinflussen zu können glaubte. Diese Wirksamkeit, die den Namen „Kreditanstalt Vogelgesang“ trug, wurde von dänischer Seite für sehr gefährlich gehalten, weil ein klares politisches Ziel damit verbunden war. In dieser Situation wurde H. P. Hanssen erneut Sammelpunkt seiner Landsleute. Auf dänischer Seite errichtete man ebenfalls ein Kreditinstitut, das die Bezeichnung „Landeværnet“ erhielt und Dänischgesinnten Darlehen gewährte. Die Wirksamkeit der Kreditanstalt Vogelgesang zeitigte nicht die politischen Folgen, die ihre Begründer erhofft hatten; die Gefahr wurde abgewehrt, und auf dänischer Seite erkannte man wieder die Stärke im Zusammenhalten, und für H. P. Hanssen lag in dem Vertrauen, das ihm allseitig entgegengebracht wurde, eine politische Anerkennung.

Noch stärker stand er als Sammelpunkt, als einige Jahre später der Aufmarsch des deutschen Nationalsozialismus als neue Drohung gegen die Dänen in Nordschleswig empfunden wurde. Als Hitler im Jahre 1933 zur Macht kam, schlug die ungeheure Bewegung im deutschen Volk über die Grenze und wirkte auf die Minderheit in Nordschleswig bis zur vollständigen Gleichschaltung. Als die nationalsozialistische Welle in Schleswig-Holstein stieg, wurden zahlreiche Drohungen wegen Grenzverschiebung nach Norden laut, und die politischen Vertreter der Minderheit stellten entsprechende Forderungen. Ende März und Anfang April 1933 war starke Unruhe an der Grenze. Da ermahnte H. P. Hanssen wieder zur Sammlung. Eine Reihe Versammlungen von Vertrauensmännern gab den Anstoß zur Errichtung neuer nationalpolitischer Organisationen. Alle alten Gegensätze unter den Dänen gegenüber dem Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte traten zurück. Auf deutscher Seite hat man kaum eine richtige Vorstellung davon, wie ernst man vom ersten Augenblick an die nationalsozialistische Drohung und wie tief man den Unterschied zwischen den Ideen der Demokratie und der Diktatur empfand.

Mit Machtmitteln konnte man in Dänemark nichts erreichen, aber im Kampf um den Menschen setzte man alle Kräfte ein im Interesse der demokratischen Ideale. Alles, wofür H. P. Hanssen gelebt hatte, war nun tödlichen Drohungen ausgesetzt. Seine letzten Jahre bestanden in unaufhörlicher Arbeit daran, die Gefahren aufzuzeigen und den Weg für eine Sammlung aller dänischen Südjüten zu bereiten. Hier erlebte H. P. Hanssen volle Genugtuung für erlittene Zurücksetzung und Kränkungen; er wurde in des Wortes tiefster Bedeutung Nordschleswigs

„grand old man“. Die Jugend sammelte sich um ihn, und er erfuhr von vielen Seiten Respekt und Anhänglichkeit. Den Überfall Hitlers auf Dänemark im Jahre 1940 erlebte er zum Glück nicht. An einem stillen Maitag des Jahres 1936 starb er in seiner Sommerwohnung hoch über der Apenrader Förde. Eine lebenslange Arbeit für sein Vaterland im Geiste der Menschenliebe und Gerechtigkeit war abgeschlossen. Zurück bleibt die Erinnerung an einen großen Mann mit Milde und Autorität, mit Weitblick und Mäßigung.

Johannes Schmidt-Wodder

Die neuere Geschichte Nordschleswigs nennt eine erhebliche Reihe von Geistlichen, deren Art und Tätigkeit sie über den engen Amtskreis hinaus bekannt machten. Da waren, noch im alten Jahrhundert stehend, „der letzte Schleswiger“, dessen plastisch-volkstümliche Redeweise Älteren noch in der Erinnerung sein mag; da stand neben ihm „der alte Tonnesen“, Hoptrup, der Führer und Förderer der Inneren Mission in Nordschleswig, orthodoxgläubig werbend, mit bedeutender Breitenwirkung. Die Jahrhundertwende machte andere namhaft: Johannes Schmidt-Wodder, Vogel und einiges später Johannes Tonnesen.

Die drei waren Menschen, die jeder für sich, Bedeutendes für die Heimat hätten leisten können, falls gewaltsame Entscheidungen sie nicht gehemmt hätten: Johannes Schmidt, Humanist und Kämpfer zugleich, kühl wägend, unbeirrbar und doch voll Begeisterung; Vogel, der warmblütige Idealist sieghaften Wesens, und Johannes Tonnesen, der klug genug war, um trockenes Wissen gering zu achten, aber stolz, wenn er mit einem einfachen werktätigen Menschen der Heimat verwechselt wurde, dessen seelischen Regungen er mit Liebe suchend nachging. Drei Geistliche — und andere könnten noch eingereiht werden —, welche die ruhigen Studierstuben und weiträumigen Pastoratsgärten verließen, um in den schlichten Alltag mit seinen brennenden Fragen und unvermeidlichen Kämpfen hinauszutreten, ihn zu ehren und mit einem Hauch von Geistigkeit zu veredeln.

Doch der eine fiel im „männermordenden Kampf“, und der andere mußte seine Gemeinde verlassen, als die Grenzsteine an den Scheidebach gerückt wurden. Nur Pastor Schmidt konnte die begonnene Arbeit fortführen, und ihm war es vergönnt, dem Gesicht der Heimat einen neuen Zug geistiger Würde einzuprägen. Durch ein halbes Jahrhundert ist sein Name ein Zeichen gewesen und geblieben, das in Nordschleswig — in Zustimmung oder Widerspruch — nie gelöscht wurde, ja, das weit über den Heimatkreis hinaus ein warmes, menschliches Licht aussandte.

Der Pastorsohn aus Schwenstrup hat sich auf keine leitenden Erlebnisse der Knabenjahre berufen können, wenn er später den Weg ins Politische suchte. Mittelaltes kannte kaum ein ernstliches nationales Gegeneinander, lag doch das Schwergewicht völlig im dänischen Lager. Und selbst, als er später auf dem Gymnasium in Hadersleben auch wohl „handgreiflich“ an die bestehende Spannung herangeführt wurde, blieb kein aktives Interesse wach. Es fehlte noch die unmittelbar verpflichtende, den Willen straffende Beziehung zu den kaum beachteten Fragen.

Auf den Universitäten bleibt der junge Student nicht am Berufsstudium hängen. Hier lernt er das für ihn wirkliche, das seinem Wesen entsprechende Deutschland kennen: Parzival, Luther, Goethe, Kant. Und er vertraut sich den nationalen und geistigen Strömungen der Jugend an. Rückblickend schreibt er: „Studentenzeit mit ihrem Überschwang, deutsches Volk, deutsches Land und alle Denkmäler deutschen Schaffens wurden jetzt erlebt und in vollen Zügen genossen.“ Doch er läßt sich nicht treiben, sondern sucht eigene Gedankenwege, ist ergriffen und bewahrt sich doch die Selbständigkeit des Urteils. So wird er in Greifswald Vorsitzender im Verein deutscher Studenten und auf dem Kyffhäuser Sprecher des Hauptverbandes. Deutschland erlebt er. Aber die Heimat? —

Nun, sie liegt im Norden, irgendwie in kühlerer Breite. Wohl hat sie ihre Probleme, aber begeistern können sie schwerlich. Und führen sie nicht in kleinlichen Streit und lähmende Enge? Und vorläufig drängen sie sich nicht auf und erfordern keine Entschlüsse. Vorerst spürt der Student gar ein unverkennbares Unbehagen bei der Vorstellung, in dieser gespaltenen Grenzwelt fruchtbar machen zu müssen, was mit eindringlichem Erleben die Seele spannt.

Einmal ist dann der Wendepunkt im Leben erreicht, und die Entscheidung zum Beruf ist getroffen. Man löst sich aus dem großen Strom und betritt festen Grund, folgt nicht mehr anderen, hört nicht mehr Zurufe Stärkerer, vernimmt nicht Zurufe von Gleichgesinnten. Man weiß ernüchert: ein erhabenes oder erhebendes Gefühl, eine klare Sicht gelten nicht mehr als Leistung. Eine Aufgabe ist gestellt, kompakt in ihrer Forderung, wenn unklar vielleicht in den Umrissen. Sie ist zu lösen — und von mir. Wie ein Absturz kann es erscheinen und ist doch eine Berufung. Wer sie erkennt und empfindet und den Willen sammelt, steht schon in der Bewährung.

Pastor in der Grenzlandgemeinde Wodder vor dem ersten Weltkrieg, als Dr. Hahn den Kampf auf Sporen angesagt hatte! — Wie sich nun die Maßstäbe plötzlich verändern. Nichts ist noch beiläufig oder geringfügig, ist vielmehr äußerst wichtig für das Angreifen einer Aufgabe, die unlösbar erscheinen kann.

Dänen und Deutsche wohnen umeinander in der Gemeinde: Einheimische und Siedler. Im Kirchlichreligiösen ist das Bild noch bunter, denn es gibt nicht nur Grundtvigianer und Anhänger der Inneren Mission, auch Reformierte neben den Lutherischen und Katholiken, dazu noch Bornholmer und Adventisten. „Wer kennt die Völker, nennt die Namen?“ —

Hier ist kein abgesteckter Weg sichtbar, und man versteht, daß man zögern kann und sich vortasten muß. Eines aber ist gegeben: man kommt als Träger des christlichen Gedankens in der Prägung des mannhaften Kämpfers Luther, auch als Vertreter deutscher Geisteskultur überhaupt. In diesem Punkt, will es dem jungen Seelsorger scheinen, darf keine Unklarheit herrschen, hier ist völlige Offenheit geboten, und er nutzt dann auch am Anfang seiner Tätigkeit die erste

Gelegenheit zur Klarstellung.

Bei einem dänischen Bauern ist Kindtaufe gewesen, und der Pastor ist zur Feier ins Heim eingeladen. Bei der üblichen Kaffeetafel kommen die Blauen Liederbücher hervor, und es wird viel gesungen. Meist aber sind es die Kampflieder der nationaldänischen Bewegung, und es ist kein Zweifel, daß man den Pastor herausfordern und auf die Probe stellen will. Er berichtet: „Ich würde mein eigenes Volk verleugnen, wenn ich zu diesen Ausfällen schwiege, so schien es mir. Schweren Herzens erhob ich mich... und sagte dann etwa folgendes: Ihr singt gerne, und ich freue mich des Gesanges, aber Ihr schlagt auch Töne an, die bei mir nicht klingen. Und wenn Ihr wollt, daß ich auch bei Euren Festen in Euren Heimen unter Euch bin, wie ich es sehr schätzen würde, dann bitte ich Euch, darauf Rücksicht zu nehmen, daß ich zu meinem Volke stehe, wie Ihr zu Eurem.“ Damit hat er national die Stellung bezogen, die er festhalten mußte, bedenklich war nur der naheliegende Irrtum, daß er auch bereit sein würde, dem schwankenden, im ganzen doch auf Zwang eingestellten Kurs der Regierung zu folgen. Anfänglich ist man dann auch zu keinem Entgegenkommen bereit, Kampf ist unvermeidlich und bedrückend, aber nach und nach bildet sich ein ruhiges Achtungsverhältnis heran, das Gleichberechtigung der verschiedenen Auffassungen als Voraussetzung hat. Die menschlichen Bestrebungen des Pastors und seiner jungen liebenswerten Frau um den einzelnen durch Freundlichkeit, Gastfreundschaft und stete Hilfsbereitschaft fördern dann ein Vertrauen, das bei vielen die kritische Zeit der Haßpsychose überdauert, ein überzeugendes Beispiel von der Bedeutung charakterlicher Qualitäten in der Politik, insonderheit der eines Grenzlandes.

Gelang es nun zwar Pastor Schmidt für seine Person, im dänischen Kreis an Boden zu gewinnen, so mußte er mit Sorge feststellen, wie der Staat immer mehr an Geltung und Ansehen verlor. In Regierungskreisen mußte man sich die Niederlage eingestehen, aber einen gangbaren Weg, aus Dänen staatsreue Bürger zu machen, sah man nicht, und als man nach mehrfach gewechseltem Kurs nicht weiterkam, steuerte man das Ziel auf der Geraden rücksichtsloser Macht an. Dr. Hahn und Koller sind die vielgenannten Exponenten dieser Bestrebungen. Daß auch sie versagen mußten, hätte ein Blick auf die Erfahrungen Dänemarks in Schleswig zwischen 1851 und 1864 zeigen können. Aber war man nicht schon zu weit vor» gestoßen, um ohne äußeren Prestigeverlust noch abschwanken zu können?

Pastor Schmidt mühte sich, ohne Voreingenommenheit nach einer Lösung zu suchen, und sehr bald erkannte er den Grund zum Gegensatz zwischen Staat und Bevölkerung in der irrigen Wahl des Standorts, von dem aus die Betrachtung bisher ansetzte. Der Staat war die Einheit, der Mensch eine Zelle im Gesamtorganismus. Der Staat sorgte für Ordnung, für Schutz, für

staatsaufbauende Bildung, er lenkte und leitete: religiös, sittlich, politisch. Der Nurmensch, dem die Glorie der hohen Staatsbeamten abging, durfte, ehrenvoll, Werkzeug der einsichtsvollen Führung sein. Dieses konsequente Denken vom Staate aus war nach Pastor Schmidts Meinung, Ursache der verfahrenen Lage im Grenzland.

Er aber erkannte immer klarer: Der Mensch ist die natürliche und entscheidende Einheit. Von ihm aus muß man urteilen, verstehen, handeln.

Welch ein beschämendes Bild bot sich aber von dieser Warte aus! Nichts fand er von dem Deutschland, dem er in seiner Studienzeit gläubig und tätig zugestrebt hatte. Dafür sah er Bedrohungen, Schikane, auch rücksichtslose Verfolgung, und man antwortete mit Verstockung, Gegenschikanen und kalter Ablehnung, ja Verachtung.

Er selbst aber hatte doch bei jener Taufgesellschaft für sich das Recht auf sein Deutschum behauptet, hatte wie selbstverständlich seiner Auffassung Ausdruck gegeben. Warum sollte dann ein Däne nicht den Anspruch auf die Verbindung mit seinem Volk haben? Warum könnte man nicht auch ihnen das Recht der freien Rede und freien kulturellen Entscheidung zugestehen? Hier war er am Kernpunkt seiner Überlegungen angelangt und folgerte weiter: Man würde uns wohl nicht schöne Worte dafür geben — warum auch? Für ein Recht braucht man nicht zu danken! — Aber Schleswig würde sich beruhigen, und vielleicht wüchse auch mit den Jahren ein im Sachlichen ruhendes Achtungsverhältnis zwischen nordschleswigischem Dänentum und Staat heran. Der Staat kann zwar den Kampf fortführen, da er die Machtmittel hat, aber für das wirkliche, das geistige Deutschland muß er beendet werden, schon um der deutschen Ehre willen. Sein verletztes Rechtsgefühl und seine Sorge um das Ansehen des für ihn gültigen Vaterlandes wurden die Triebkräfte, die ihn den inneren Kampf in die Öffentlichkeit tragen ließen.

Dieser Gang ist ihm gewiß nicht leicht gefallen, kostete es ihm doch, wie er gelegentlich äußerte, oft Überwindung, in Versammlungen zu sprechen. Sein Entschluß kann dann auch heute, wo Gemeinschaftsgedanken gleichsam auf der Straße liegen und in jede Erörterung der Politik und Wirtschaft, der europäischen Kultur oder gar der atomaren Aufrüstung gehören, in seiner Reichweite kaum erfaßt werden. Doch die Erkenntnis der Notwendigkeit ließ ihn nicht ruhen, und ein großer Fond christlich betonter Menschlichkeit gab ihm starken Rückhalt.

Es gehörte nicht weniger als der Mut des Reformators dazu, mit solch unerhörten Gedanken und Plänen hervorzutreten, setzte man doch Amt, Brot und Ansehen aufs Spiel, indem man gegen den Staat auftrat, dessen Maßnahmen und Leistungen bemängelte. Der erbitterteste Angriff aber drohte und kam aus dem eigenen Lager, denn der Neugründung „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ stand der bisher souverän gewesene „Deutsche Verein“ unter der

Führung von Dr. Hahn gegenüber, und groß waren die Gegensätze sowohl der Personen als auch der Programme: der freie, dem Gewissen verpflichtete Mensch und der Beamte als Vorkämpfer des Staatsgedankens; das Streben nach Recht für andere um deutscher Ehre willen und die Pflege patriotischer Gesinnung und ihrer äußeren Bekundung. Die Spannung war zu groß für ein friedliches Nebeneinander und bewirkte langwierige und unerquickliche Auseinandersetzungen, wobei die Mehrheit vor dem Anwurf der Gesinnungslosigkeit nicht zurückwich. Pastor Schmidt ließ sich dadurch nicht beirren und schrieb solche Entgleisungen auf das Konto einer ungewöhnlichen Situation. Hatte auch offenbar recht, denn ein Menschenalter später wiederholte sie sich im dänischen Lager, als die Wenigen, die wahren Vertreter dänischer Kultur, indem sie der Menschlichkeit das Wort redeten, auch den Vorwurf unnationaler Haltung hinnehmen mußten.

Die Verkennung erreichte jedoch ihren Gipfel, als man von ihm die eidliche Verpflichtung verlangte, sich „hinfort aller deutschfeindlichen Bestrebungen enthalten zu wollen“. Es geschah allerdings im Krieg, und die Forderung wurde von einem Generalkommando gestellt, das Lunte gerochen haben mochte.

Die Jahre nach der Vereinsgründung waren Werbe- und Kampfzeiten. „Die Stimmen aus Nordschleswig“ trugen seine Gedanken weiter und wurden dann abgelöst durch die Halbmonatsschrift „Nordschleswig“, die durch öfteres Erscheinen aktueller sein konnte. Nimmt man dazu die zahlreichen Vorträge, die gehalten wurden, die Menge der Briefe, die geschrieben oder beantwortet werden mußten, so ergibt sich eine stauenswerte Arbeitsleistung. Bewundernswerter aber noch ist die Klarheit und Folgerichtigkeit seiner Gedanken, die Ritterlichkeit der Kampfführung wie die Unbeirrbarkeit zu seiner selbstgewählten Aufgabe.

Die Heimdeutschen Nordschleswigs waren im allgemeinen recht passiv und desorientiert. Sie waren bisher den offiziellen Parolen gefolgt und wurden überfordert, als man ihnen Entschlüsse im Politischen unter eigener Verantwortung zumutete. Gewiß gab es einen Kreis geistig reger und kritisch urteilender Männer, die sich Pastor Schmidt anschlossen, aber ihre Zahl ging nach Hunderten, und die große öffentliche Zustimmung blieb aus. Nicht eigentlich verwunderlich, denn neue Gedanken müssen gären, ehe sie zur Reife kommen — und im Schleswigschen wirken die Fermente mit Zeitzündung. — Ungern setzte man sich auch der allgemeinen Aufmerksamkeit aus, und wer von Behörden abhängig war, mußte erkennen, daß Maßregelungen verschiedener Art nicht unterbleiben würden, wenn man sich unterfing, aus der Reihe der Gesinnungstreuen zu tanzen.

Der begabteste Mitarbeiter Pastors Schmidts in den Jahren bis zum Weltkrieg war Vogel aus Holebüll, dem er folgende Worte im Nachruf widmete: „Ich habe kaum einen Menschen gekannt, aus dem das Leben mich so kindlich-heiter, so sieghaft-

tapfer, so entschlossen wahr anschaute, wie aus ihm.

Es war eine Erfrischung, mit ihm zu verkehren, es war ein Fest, Seite an Seite mit ihm zu kämpfen, es war ein befreiendes Gericht der Wahrheit, seinen klaren Augen die eigenen Gedanken und Empfindungen zu unterbreiten.“ Das sind Worte, die den gefallenen Mitarbeiter ehren, die aber hier stehen sollen, um ein klares Licht zu werfen auf die sittlich vornehme Grundlage ihres gemeinsamen Strebens. Man mag bedauern, daß ihnen auf dänischer Seite niemand gegenüberstand, der allein vom Menschen aus eine Lösung anstreben wollte. Welch geistreiches und fesselndes Spiel hätte die kleine politische Provinzbühne Nordschleswig einer nun wirklich staunenden und erhobenen Mitwelt zu bieten vermocht!

Die Beziehungen zwischen Pastor Schmidt und der dänischen Seite sind in der Geschichte Nordschleswigs von besonderem Interesse. Er trat wohl aus verletztem Rechtsgefühl für die menschlich kulturelle Freiheit der dänischen Nachbarn ein, hoffte dabei auf die Befriedung der Heimat wie auf die Rehabilitierung des Staates, aber weder war es sein Ziel, einen Einbruch in das Gegenlager zu machen, noch wünschte er direkte dänische Unterstützung für den Aufbau: weder Proselytenmacherei noch nationale Vermengung. Als er in späteren Jahren für die Einigung des skandinavischen Nordens eintrat, geschah es aus einem verkannten, aber durchaus sachlichen Interesse, das aus einer frühzeitig gewonnenen volkpsychologischen Einsicht sich ableitete. Er mag mit Genugtuung feststellen, daß sein Kampfangument neuerdings bei den wirtschaftlichen Einigungsverhandlungen des Nordens aufgegriffen wurde.

Die Reaktion im dänischen Lager bei Pastor Schmidts erstem Auftreten ergab ein recht buntes Bild der Stimmungen. Eine anfängliche Verblüffung war unverkennbar und nur zu erklärlich, aber danach schieden sich die Geister. Es gab gewiß Menschen, die ernstlich wogen und werteten, aber auch solche, die einer möglichen Entspannung mit leisem Bedauern entgegensahen; es liegt ja ein psychologisch richtiger Kern in der Feststellung, daß manche Bauern (früher!) erst nach dem allmorgendlichen Dienstjungenräger voll aktionsfähig waren. Die Presse war in den Jahren nachgerade auf Opposition geeicht und servierte Protest als tägliches — zuzeiten recht angeschimmelter — Brot. Die Führung der dänischen Organisationen aber brauchte für das Heim-ins-Reich-Streben keine Milderung des nationalen Klimas.

Im großen und ganzen war man bei der Gunst der wirtschaftlichen Lage und der Straffheit der Sammlung in wesentlichen Dingen völlig Herr der Lage. Es muß dahingestellt bleiben, ob man anfangs auf dänischer Seite nicht zu erkennen vermochte, daß eine Kraft am Werke war, die in der Idee das Grenzland aus der Sphäre der Machtpolitik in die der Menschlichkeit hinauf führte; jedenfalls scheint aber kühle, taktische Überlegung die dänische Stellungnahme stark beeinflußt zu

haben, wenn man mit Verdächtigungen und Mißtrauen antwortete. Die spätere Entwicklung spricht für das Überwiegen taktischer Argumente, denn selbst einem gehemmten Einfühlungsvermögen wäre Pastor Schmidts vom sittlichen Ernst getragenes Wollen, seine Offenheit und unbedingte Ehrenhaftigkeit auf die Dauer nicht verborgen geblieben. Doch man blieb in der Ablehnung, im Mißtrauen, in der Enge, wo ritterliches Sekundieren ein Lob für den Gebenden gewesen wäre.

Pastor Schmidts Leben war reich an Widerständen, an Angriffen und menschlicher Tragik; er konnte sie mit Gläubigkeit, mit Gleichmut, mit der Kraft des reinen Gewissens und der steten Verpflichtung zum Dienst an seinem Volk überwinden. Er kann gleichmütig lächeln bei der „eigenartigen Behandlung“ durch Dänemark, die ihm durch seine Verhaftung zuteil wurde; Bitterkeit will sich nur bei ihm regen, wenn er sich an Beschuldigungen der Hinterhältigkeit erinnert. Es hätte der armseligste Rest an Sachlichkeit ihm diese erspart.

Die geschichtliche Entwicklung brachte Nordschleswig an Dänemark, und damit war es der deutschen Beeinflussung entzogen. Die Menschen aber waren im wesentlichen dieselben geblieben, und das nationale Problem war nur teilweise — weil unter Verquickung von Selbstbestimmungs- und Machtprinzip — gelöst. Die kleine deutsche Volksgruppe aber schloß sich zusammen, und niemand war im Zweifel, daß Pastor Schmidt der gegebene Führer sein mußte in der Heimat und in Kopenhagen der deutsche Vertreter im Folketing.

In Nordschleswig lag auch für die Zukunft der Schwerpunkt seiner Bestrebungen, und von dieser Basis aus zog er die Verbindungslinien nach Deutschland und in den europäischen Raum hinein, die er in jeder Weise auszubauen suchte, damit „unsere Kraftreserven nicht versiegt und unsere Aufgabe nicht in die Enge einer scheinbar unbedeutenden Grenzfrage sich verlor.“

Nach Kopenhagen ging er ungern, obgleich gerade seine Person ein großes moralisches Gewicht hatte. Es konnte ja doch kein stärkeres Argument vorgebracht werden, wenn man Forderungen vorlegte, als daß man für entsprechende Wünsche des nationalen Gegners mit Unermüdlichkeit und überzeugender Beredsamkeit eingetreten war.

In seinem Bedürfnis nach Aufrichtigkeit und klaren Linien legte er bei seinem ersten Auftreten im Folketing Stellung und Marschrichtung unmißverständlich fest: „Wenn ich zum ersten Mal in diesem hohen Hause das Wort ergreife, dann tue ich es als Vertreter eines Volkes, von dem Sie jetzt einen Teil innerhalb der dänischen Staatsgrenzen beherbergen. Ich tue es als ein Mann, der viele Jahre hindurch bewiesen hat, daß er gerne dem dänischen Volke begegnen will unter gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis; aber als ein Mann, der damals, als er Ihr Volk verteidigte, es tat aus glühender Liebe zu seinem eigenen und aus stets wachsender Sorge für die Ehre des eigenen Volkes ...“

„Ich unterstreiche, daß ich hier rede als einer, der gegen seinen Willen unter

dänische Oberhoheit gekommen, und im Namen der anderen, die ebenso gegen ihren Willen die Staatsangehörigkeit vertauschen mußten...“

„Was wir fordern, ist kurz dies: Achtung vor deutschem Volk und deutscher Kultur, volle kulturelle Freiheit und für die Zukunft Revision.“ Und er wandte sich gegen erklärte Aufsaugungstendenzen: „Wir haben Grund, auf der Hut zu sein, denn gegen Parolen und alles, was ihnen Vorschub leistet, werden wir uns nach Kräften wehren.“

Der gewiß unerwartete Freimut fand im Folketing gemischte Beurteilung, aber ihn bedrückte die kühle Atmosphäre der ersten Jahre nicht, so wenig ihn später ihre Milderung nachgiebig werden ließ in den berechtigten Forderungen. So gelang es ihm, seine Stellung mit persönlicher Geltung und Würde zu sichern, und auch die Erfolge blieben ihm nicht versagt. — Man braucht bei ihrer Würdigung nicht der unrealistischen Betrachtung verfallen, jeden Fortschritt als Gewinn eines einzelnen zu buchen. Niemand hat klarer als Pastor Schmidt erkannt, daß eine gewisse Gunst der Konstellation, eine besondere — wenn auch nur latente — Stimmungslage notwendige Voraussetzungen sind für die Erreichung eines Zieles. Es bleibt trotzdem Raum für den einzelnen zur richtigen Deutung und taktischen Beherrschung der Lage.

Es soll nicht die Tätigkeit Pastor Schmidts im einzelnen durch alle Jahre seines Schaffens bis zu seinem fast erreichten neunzigsten Geburtstag verfolgt werden. Ziel seines Mühens seit der Studentenzeit war das ganze strebende, irrende, in gewaltsamen Strudeln des Schicksals kämpfende deutsche Volk, das er liebte, auch wenn es irrte; an das er glaubte, auch wenn es ihn enttäuschte; das ihn fesselte mit allen Facetten seines Wesens und ihm Mut gab durch die Geistigkeit seiner großen Gestalten. Im Denken ist er souverän geblieben und folgte nicht den wechselnden Bewegungen, ob sie nun über den idyllisch umrahmten Seespiegel der Heimat huschten oder als eruptive, stürmische Grundwirbel die Wasser des Volkes aufwühlten. Aber er hat sich niemals „dem anderen“ verschlossen, er prüfte dessen Urteile und Ziele und suchte auch dem unritterlichen oder fanatischen Gegner gerecht zu werden. Irrte er selbst — und wer täte das nicht in einem langen, mit Erleben und Handeln voll erfüllten Leben —, kam es oft aus der Nachsicht, aus dem Wunsch, in allem nach dem Wertvollen und Guten auszuschaun. Mag man ihm hier und da widersprechen wollen: es hat niemand, der sachlich urteilen will, das Recht, seine Offenheit und Geradheit, auch im Politischen, in Zweifel zu ziehen. Selten dürfte sich mit gleicher Deutlichkeit wie hier feststellen lassen die klare Übereinstimmung von Charakter und Werk.

*Mein Heimatland, dich lieb ich wie das Lehen,
durch deines Wesens Fülle reich beschenkt.*

HANS SCHMIDT-GORSBLOCK

Es gibt schon viele Brücken

Wer heute in irgendeinem Zusammenhang von deutsch-dänischer Zusammenarbeit hört, denkt zwangsläufig an Fremdenverkehr und Militär. Auf diesen beiden Gebieten sind die Kontakte am auffälligsten, über sie wird am meisten geschrieben und gesprochen. Der Reiseverkehr — mit immer neuen Rekordzahlen — führt täglich Tausende über die Grenze ins Nachbarland, und im Sommer bleiben diese Besuche nicht nur auf wenige Stunden oder Tage beschränkt. Während eines wochenlangen Ferienaufenthalts lernen sich Deutsche und Dänen in persönlicher Nachbarschaft besser kennen, als das in Zeiten möglich war, die solch einen regen Tourismus weder dem Umfang noch den heute üblichen Formen nach kannten. Deswegen gibt es im Jahre 1959 mehr Deutsche als zuvor, die die Dänen alles andere als „dumm“, und mehr Dänen, die die Deutschen alles andere als „böse“ finden.

Ob nun das Bedürfnis, ein bisher fremdes Nachbarland kennenzulernen, oder das Geschick, dieses Bedürfnis aus geschäftlichen Gründen zu fördern, stärker war — auf jeden Fall sind sich Reisebüros und Fremdenverkehrsorganisationen in beiden Ländern seit Jahren sehr einig. Ihre Zusammenarbeit ist auf Grund gemeinsamer Interessen ausgezeichnet. Auf der Flensburger Förde verkehren von deutschen Reedern gecharterte Schiffe unter dem Danebrog mit dänischer Besatzung und von dänischen Reedern gecharterte Schiffe unter der Bundesflagge mit deutscher Besatzung.

Nicht nur Fremdenverkehr, sondern auch Austausch kommunaler Erfahrungen — das sind die Grundlagen der „Arbeitsgemeinschaft Europastraße drei“. In ihr haben sich alle Städte zwischen Elbe und Kattegatt über den roten Grenzstrich auf der Landkarte hinweg zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Im Vorjahr wurde aus der deutsch-dänischen Gemeinschaft sogar eine deutsch-skandinavische Organisation: schwedische und norwegische Städte machen jetzt auch mit. Vertreter aller vier Länder wählten einen deutschen Bürgermeister zum Präsidenten, und jedes Land stellte einen Vizepräsidenten. Diese Wahlen und andere Beschlüsse waren einstimmig. Jeder Skandinavier und jeder Deutsche, der hier an führender Stelle mitarbeitet, bestätigt, daß das sachliche und persönliche Verhältnis in dieser Zusammenarbeit „ausgezeichnet“ sei. Nach dem Vorbild dieser internationalen Organisation bildete sich die „Arbeitsgemeinschaft Westküste“. Auch in ihr arbeiten deutsche und dänische Städte störungsfrei zusammen.

Die gleiche freundschaftliche Atmosphäre herrscht in den Nato-Stäben auf der jütischen Halbinsel. Das Gefühl, als Nachbarvölker gerade militärisch aufeinander angewiesen zu sein, gibt die Grundlage dafür. Ob die dänischen Obersten Digmann oder Hoffmann, ob der deutsche Admiral Rogge — die Nato-Befehlshaber in Schleswig-Holstein seit Gründung dieser Organisation —, sie erklären freimütig und übereinstimmend: Wir arbeiten ohne persönliche Schwierigkeiten zusammen.

Wer aus welchen Gründen immer nach deutsch-dänischen Kontakten über die Grenze hinweg sucht, braucht sich nicht mit Fremdenverkehr und Nato-Zusammenarbeit zu begnügen. Seit den ersten Nachkriegsjahren hat die „Grenzwasser-Kommission“ ihre nach dem ersten Weltkrieg begonnene Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie ist das einzige Gremium, in dem deutsche und dänische Behördenvertreter ständig Zusammenarbeiten. Wenn ihre größte Leistung, das Millionenprojekt der Regulierung von Scheidebek, Süderau und Wiedau, nur mit umständlichen Verhandlungen möglich wurde, dann lag das nicht an mangelndem Verständnis der Kommissionsmitglieder. Der Grund war vielmehr die Notwendigkeit, eine gerechte Lösung der vielfältigen Ansprüche einzelner Anlieger und Landbesitzer zu finden. Daß sie gefunden wurde — in Einzelfällen noch gefunden wird —, beruht allein auf der guten Zusammenarbeit von Deutschen und Dänen in dieser Kommission.

Es gibt noch mehr Kontakte: Nur wenigen Bewohnern des Landesteils Schleswig ist bekannt, wie oft sie elektrischen Strom aus dem südlichen Dänemark in ihren Glühbirnen verbrannt haben. Genau so oft hat das Flensburger Kraftwerk in Nordschleswig ausgeholfen, wenn dort ein Kabel ausgefallen war oder der Blitz in eine Umformerstation schlug. Im Kampf gegen Not und Katastrophen sind die Verbindungen über die Grenze hinweg naturgemäß besonders eng. Am weitesten kamen die Feuerwehren. Sie entsenden ständig Vertreter zu Veranstaltungen der anderen Seite, sie tauschen Lehrgangsteilnehmer aus und sie dürfen als einzige im Notfall ohne Kontrolle über die Grenze brausen, wenn im Nachbarland Hilfe notwendig ist. Auch das „Rote Kreuz“ beider Länder hat Verbindung aufgenommen.

Weil die Nordsee in ihrem ständigen Kampf mit Land und Menschen keinen Unterschied zwischen deutscher und dänischer Küste macht, besteht auf beiden Seiten der Grenze keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Erfahrungen im Deichbau und Küstenschutz ausgetauscht werden müssen. Ein Ziel, wenn auch noch nicht in nächster Nähe, ist ein gemeinsamer Schutzdeich von Emmerleff bis Bongsiel. Dänische und deutsche Wissenschaftler und Techniker sind in Verbindung miteinander.

Ohne umständliche diplomatische Verhandlungen und Staatsverträge kämpfen die Polizeidienststellen in beiden Grenzgebieten gegen Gesetzeswidrigkeiten und

Verbrechen gemeinsam. Sie haben in der Praxis eine Zusammenarbeit entwickelt, die ihre Möglichkeiten in diesem Kampf nicht durch zu große bürokratische Rücksichten schwächt. Deswegen wird auch durch Telefongespräche zwischen Flensburg und Gravenstein häufig schneller und besser erreicht, was über Kiel oder Bonn und Kopenhagen lange dauern würde. Zoll- und Paßbehörden drücken sich nicht nur am Weihnachts- und Silvesterabend über den Schlagbaum hinweg symbolisch die Hand. Auch für sie gibt es viele persönliche Kontakte, die ihre Arbeit im Interesse ihrer Aufgaben verbessert.

Und noch drei Behörden sind zufrieden: die Post, die Eisenbahn und die Wasserstraßendirektion. Was auf ihren Arbeitsgebieten im gegenseitigen Einverständnis direkt geregelt wird, kommt den Bürgern beider Länder zugute.

Jugend- und Sportorganisationen, Austausch kultureller Leistungen und selbst langsam anlaufende politische Kontakte runden das Bild ab. Keiner will mit diesen Verbindungen erreichen, daß die Unterschiede zwischen Deutschen und Dänen verwischt werden. Aber so wie die „Donnerstag-Gesellschaft von 1949“ in Flensburg seit Jahren im persönlichen Gespräch von Mensch zu Mensch deutsch-dänische Kontakte pflegt, so helfen auch sie mit, das krasse Nebeneinander der ersten Nachkriegsjahre umzuwandeln in ein Miteinander, wie die Zeit es heute fordert.

Die meisten der hier genannten Verbindungen sind zwar „technische Kontakte“, vor allem in der Behördenzusammenarbeit. Aber es sind Menschen, die durch sie Zusammenkommen, und diese Menschen könnten eine Sache auf viele verschiedene Arten erledigen. Wenn von beiden Seiten gesagt wird, die Erledigung sei gut und oft sogar besser, dann ist das ein Beweis dafür, daß diese Kontakte über den toten technischen Bereich hinaus menschlichen Wert besitzen. Es gibt schon viele „Brücken“ zwischen den beiden Nachbarvölkern. Wer die „Flensburger Tage 1958“ miterlebte, wird nicht leugnen können, daß dies gerade in jenen Tagen besonders deutlich wurde.

Nationale Empfindlichkeit (Susceptibilité nationale)

Es gibt eine nationale Empfindlichkeit, von der sich der Mensch, sei er nun Franzose oder Deutscher, sehr schwer freizumachen weiß. Aurélien Sauvageon schreibt in seinem Buch „Rencontre de l'Allemagne“: „Lessing bot mir also den Anblick eines übelwollenden Kritikers, der hartnäckig entschlossen ist, alles Französische zu verunglimpfen. Die ästhetische Polemik verwandelte sich in eine nationale Auseinandersetzung, und meine Empfindlichkeit, die Empfindlichkeit des Franzosen, erwachte“ („Susceptibilité de Français“).

Sauvageon hat in Bonn und Berlin studiert, ist ein guter Kenner deutscher Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg und darf darum nicht auf eine Stufe gestellt werden mit solchen Schriftstellern, die ohne Sachkenntnis über ein Nachbarvolk herabsetzend ihr Urteil abgeben und damit das größte Unheil anrichten. Wenn aber bei einem um Verständnis des Deutschen ringenden Franzosen, am grünen Holze also, die nationale Empfindlichkeit sich schon bei der ernsthaften Lektüre Lessings regt, was soll dann am dürrn werden? Dann ist von der Masse seiner Landsleute schon eine geräuschvolle Reaktion da zu erwarten, wo nur die Rede auf Riccaut de la Marliniere kommt. Die Franzosen können uns diese Gestalt Lessings immer noch nicht verzeihen, obwohl doch schon viel früher Shakespeare im Doktor Cajus der „Lustigen Weiber“ einen Franzosen hingestellt hat, der schmäählich übertölpelt und der Lächerlichkeit überantwortet wird. Ich vermute, daß im Falle Lessings besonders das „corriger la fortune“ als eine Kränkung empfunden wird. Man darf ohne weiteres bei dem Deutschen die Kenntnis der „Manon Lescaut“ des Abbé Prévost voraussetzen, dieses berühmten Romans, der 1731 erschien, und ohne Frage ist sein Riccaut nah verwandt dem Chevalier Desgrieux, der ausspricht, daß in unserem Jahrhundert, dem achtzehnten, bei jungen Leuten einer gehobenen Gesellschaftsklasse das Zusammenleben mit einer Maitresse ebenso wenig ehrenrührig ist wie ein bißchen Geschick in der Kunst, sich im Spiel das Glück zuzuleiten. Welcher Unterschied besteht denn zwischen dem „corriger la fortune“ und dem „un peu d'adresse à s'attirer la fortune du jeu?“ Der Franzose kann die apartén moralischen Ansichten des Schlingels Desgrieux mit amüsiertem Lächeln lesen. Kommt ihm aber Riccaut unter die Augen, so fühlt er mit sich selbst sein Volk beleidigt. Das sind zwar alte Geschichten aus dem achtzehnten Jahrhundert, die aber bis in unser zwanzigstes hineinwirken und dafür sorgen, daß, von den moralischen Unterschieden ganz abgesehen, dem aalglatten und betrügerischen

Schwätzer aus unserem Lustspiel drüben der lourdau (Tölpel) gegenübersteht, der unerhörterweise „bas de gonfiance“ statt „pas de confiance“ sagt.

Eigentümlich ist, daß man dort, wo der Franzose den Finger auf eine Schwäche des deutschen Wesens legt, sofort und reflexartig widerspricht, obwohl man früher eben diese Schwäche als vorhanden zugegeben hat. Vor einiger Zeit hatte ich ein paar ironische Bemerkungen niedergeschrieben über den nicht eben vorteilhaften, aber bedauerlicherweise starken Einfluß des preußischen Militärs auf die Formung des deutschen Mannes. Dann las ich bei Sauvageon folgende Bemerkung: „Der Deutsche konnte keine andere Persönlichkeit haben, als die ihm vom preußischen Militär verliehene. Ohne den Rückhalt der preußischen Armee fiel er der Verwirrung, der Entpersönlichung anheim, oder vielmehr: er geriet in die Gefahr der Auflösung unter der Wirkung zentrifugaler Kräfte, die auf ihn einstürzten.“ Natürlich ist das alles viel zu entschieden und maßlos übertreibend ausgedrückt. Aber wenn man mit seinem Gedankengefährten einmal auf die schiefe Ebene der nationalen Voreingenommenheit gerät, versagen allzuoft die Bremsen ruhiger Überlegung. Deutsche wie Franzosen täten aber gut daran, in einem Berg von Anschuldigungen das Körnlein Wahrheit zu suchen, das darin enthalten sein könnte und sich sehr oft auch finden läßt.

Jahrelang war es in der Gefangenschaft meine Aufgabe, den Kameraden Abend für Abend den „Petit Parisien“ vorzulesen. Bei diesem Tun brauchte meine susceptibilité d'Allemand nicht erst geweckt zu werden. Sie stand sowieso immer auf Posten; denn es ist zu bedenken, daß die Presse in Kriegszeiten auch mit dem letzten Rest der Bereitschaft zum Verstehen und Geltenlassen aufräumen muß, um sich zur Verächtlichmachung des Feindes ganz zur Verfügung zu halten. Man stand oft fassungslos vor den Zerrbildern deutschen Wesens, die aus abgründigem Unwissen allein nicht zu erklären waren. Nein, mit teuflischer Geflissentlichkeit wurden hier dem deutschen Gesicht Züge des Teuflischen gegeben. Ganz gewiß ist es auf deutscher Seite ebenso gewesen; aber ich habe mir nun einmal das Kriegsgeschehen ausschließlich in dem französischen Zerrspiegel ansehen müssen.

Zur Kennzeichnung meiner Reaktion auf die Karikatur deutschen Wesens in französischen Zeitungen kann ich buchstaben genau die Worte verwenden, mit denen sich der Franzose Sauvageon gegen eine falsche Beurteilung des französischen Geistes in deutschen Büchern zur Wehr setzt: „Grotesk und unerträglich fand ich die Maske, mit der mich auszustaffieren sie (deutsche Gelehrte) das Recht zu haben behaupteten. Ich war Franzose, fühlte mich so und glaubte, nichts gemein zu haben mit der Karikatur, die sie mit soviel Stolz von mir entworfen hatten.“ Ich bediene mich hier in der Auseinandersetzung des in der Vergangenheit zwischen unseren Völkern so beliebten Retourkutschenfahrens, eines Verfahrens, mit dem in der Gegenwart Schluß gemacht werden muß, damit

unser Verhältnis in der Zukunft nicht verfahren bleibe.

Wir wußten ja in den Jahren von 1914 bis 1918 gar zu genau voneinander Bescheid, wir Franzosen und Deutsche! Unsere Zeitungen hatten uns über den Gegner so aufgeklärt, daß auch die kleinste und entlegenste Ecke des fremden Wesens nicht im Dunkel bleiben konnte.

So ergab sich denn nicht selten die lächerliche Situation, daß ein Franzose und ein Deutscher in aller Unschuld und unerschütterlich gutem Glauben sich gegenseitig aufklärten über Geschichte und Wesensart des anderen Volkes, von dem sie keine Anschauung hatten und sich vielleicht eben darum so sicher fühlten in der Wiederholung dessen, was ihnen in der Schule bis hinauf zur Universität, was ihnen in Zeitungen und Büchern vorgeredet worden war.

Ich bemühte mich nach Kräften, eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Franzosen bei mir derart durchzusetzen, daß ich dem Angeklagten Gelegenheit gab, weiteres zu seiner Verteidigung vorzubringen. In der Beobachtung ihres täglichen Tuns und Treibens, in Gesprächen auch mußte sich hier und da die Möglichkeit ergeben, aus Vorurteilen wirkliche Urteile werden zu lassen. Dem deutschen Durchschnittssoldaten genügte es, bei der Berührung mit dem Franzosentum der Feststellung des Anderssein sofort ganz naiv das unumstößliche Urteil des Falschseins folgen zu lassen. Eine solche Naivität hätte mir — so meinte ich — übel angestanden. Sauvageon sagt von den Deutschen: „Die Zeitungen, die Parolen der Parteien, Formulierungen aus Büchern nahmen die Stellung einer eigenen Meinung ein, so daß sie (die Deutschen) sich ein Nachdenken von einer allgemeineren Reichweite ersparen konnten.“ Ach, wo in der Welt wäre Mangel an *pensées confectionnées* und *opinions toutes faites*, Mangel an Gedanken, die von der Stange gekauft sind. Mangel an fabrikmäßig hergestellten Meinungen! (Übrigens zitiere ich Sauvageon nicht, weil ich seinen Äußerungen über die Deutschen und das Deutsche eine ganz besondere Autorität zumesse. Der Zufall hat es so gefügt, daß ich mit der Niederschrift einiger „Gedanken und Erinnerungen“ zugleich die Lektüre seines Buches begann.)

Oft zeigte sich in meinem Umgang mit dem „*Français moyen*“, daß sich die *opinion publique* nicht nur aus den von Sauvageon aufgezählten Quellen speiste. Auch in den alltäglichsten Redensarten, die in irgendeiner Fabrik oder irgendwo auf dem Felde bei der Arbeit aufgesprungen sein mochten, fand ich eine bemerkenswerte Bereitschaft zum banalen Konformismus. So habe ich z. B. in den verschiedensten Gegenden über deutsche Zigarren und Zigaretten das völlig gleichlautende Urteil gehört: „*Leurs cigars sont bons, mon vieux, mais leurs cigarettes toutes faites et à bout doré, c'est d'la saloperie. l'mettent d'la paille dedans.*“

Langsam wuchs ich trotz allem in das französische Leben hinein. Ich erkannte seine lebenswürdigen Seiten und konnte mich beim Lesen eines französischen Literaturwerkes der Täuschung hingeben, es völlig zu erfassen. Denn das war ja

das große Abenteuer dieser Jahre: der Versuch, eine beglückende Ausweitung des eigenen Menschseins zu erfahren durch das Hinüberwechseln von einer Sprache in die andere, durch das Vermögen also, doppelt Mensch zu sein. Freilich mußte es bei einem Versuch bleiben. Denn sobald ich in meiner Lektüre deutsches Wesen und deutsche Zustände berührt fand, erwachte die susceptibilité d'Allemand, und was ich für tot gehalten hatte, zeigte, daß es nur flüchtig eingeschläfert worden war.

Im Sommer 1916 wurde ich ein gutes Stück weitergeführt durch ein Erlebnis, das sich zwar ganz in den Grenzen des einem Gefangenen Zugänglichen hielt, von außen also belanglos aussehen konnte, und dennoch eine kleine innere Revolution bewirkte. Ein Détachement von zwanzig Gefangenen, dem ich als Dolmetscher zugeordnet war, hatte auf einem recht abgelegenen kleinen Bahnhof den Zug verlassen und mußte nun zwei Stunden auf einen Anschluß warten, der es noch weiter in die Einsamkeit führen sollte. Wir suchten vor der brennenden Sonne Schutz im Schatten eines Schuppens und setzten uns auf unser Gepäck. Wer nicht wirklich schlief, döste vor sich hin. Die Zeit schlich träge und leer vorbei, und trotzdem kam der Zeiger der Uhr doch allmählich dem Punkt näher, der unsere Weiterfahrt bezeichnete. Große Anziehungskraft schien unser Zügle nicht zu haben; aber immerhin erschien ein Herr, ein Fahrgast offenbar, der, seine Ledermappe unter den Arm geklemmt, im Schutze des Bahnsteigdaches auf und ab wanderte.

Jenseits schon des Geländes, das den Reisenden zu betreten erlaubt war, brach plötzlich ein Streit aus unter Männern, die irgendwelche Güter ausluden. Der so jäh auffahrende Lärm machte mich hellwach, und immer getrieben von dem Verlangen, Material zur Beurteilung des fremden Volkes zu sammeln, suchte ich mich dem Ort der Handlung so weit wie nur irgend möglich zu nähern. Dennoch war es unmöglich, die Ursache des Streites mit Sicherheit auszumachen. Aber es mußte Bedeutendes auf dem Spiele stehen; denn es ging in dem Handel sehr erregt zu, ein mächtiges Aufgebot von grellen Worten und ausfahrenden Gebärden wurde ständig noch verstärkt, und Handgreiflichkeiten standen anscheinend unmittelbar vor dem Ausbruch. Ein Vorarbeiter, der Frieden stiften wollte, wurde niedergeschrien und lief davon mit der Drohung, er werde den sous-chef de gare holen. Das geschah denn auch; aber auch der sous-chef vermochte nichts auszurichten. Er wurde vom Orkan der Empörung einfach weggeblasen und konnte, um doch wenigstens einigermaßen „das Gesicht zu wahren“, nur noch betuern, der chef de gare werde mit dieser Rebellion schon fertig zu werden verstehen.

Und in der Tat wußte der Chef mit den Unbotmäßigen umzugehen. Er näherte sich der lärmenden Gruppe ohne Eile und Erregung, sehr gesetzten und sicheren Schrittes und begann dann zu sprechen, freilich so leise, daß ich an meinem

Standort nichts davon zu verstehen vermochte. Das war der Kunstgriff, mit dem er Stille herstellte. Nach ganz kurzer Zeit antwortete ihm ein helles, lustiges und übermütiges Gelächter. Die Streitenden waren versöhnt und nahmen die schon seit geraumer Zeit unterbrochene Arbeit nun mit einem besonderen Schwung wieder auf.

Als ich mich umkehrte, stand hinter mir der Mann mit der Aktenmappe, ein Monsieur wirklich, etwas anderes als die einfachen Soldaten und Bauern, mit denen mein Alltag mich sonst in Berührung brachte. Er sprach mich an mit den Worten: „Ich nehme an, daß Sie unsere Sprache verstehen.“ Als ich ihn darin bestätigt hatte, sagte er lächelnd: „Sie würden mir ein Vergnügen machen, wenn Sie mir sagen wollten, welche Gedanken Ihnen bei der Beobachtung der Vorgänge da drüben gekommen sind.“ Bald unterbrach er meine bewußt belanglosen und ausweichenden Erklärungen mit den Worten: „Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, was Sie sich meiner Meinung nach etwa gedacht haben könnten.“ Ich lud ihn so verbindlich wie nur möglich dazu ein, und nun ließ er sich etwa vernehmen wie folgt: „Das ist doch eine unerhörte Schlamperei, echt französisch. So etwas wäre in Deutschland, bei unserer Organisation und Disziplin, einfach unmöglich.“ Lächelnd, vielleicht leise überheblich mußte ich zugeben, daß ich etwas derartiges in der Tat gedacht hätte.

Mein Interlokutor, ein Rechtsanwalt, wie sich herausstellte, holte zu einem Plädoyer aus: „Ein widerspruchsloser und unbedingter Gehorsam ließe sich auch bei uns erzwingen. Aber wir Franzosen halten andere Dinge für wichtiger. Sehen Sie, jetzt geschieht da drüben, was notwendig ist. Alle Beteiligten sind guter Laune, und die wird zuwege bringen, daß der kleine Arbeitsausfall von vorhin bald wieder eingebracht sein wird. Der Franzose kann nun einmal nicht in jedem Fall schweigend gehorchen; er muß rasonnieren, und wenn man ihm dazu keine Gelegenheit gibt, so bleiben Rückstände, gefährliche Stoffe, die das Zusammenleben der Menschen vergiften können. Sehen Sie! Daß das Menschliche seine Ordnung behält, das ist uns wichtiger als manches, was Sie als Ordnung preisen. Von den Männern da drüben hatte jeder sein Sprüchlein bereits gesagt, ehe der chef de gare erschien. Die Arbeit mußte fortgesetzt werden, das stand für jeden außer Zweifel. Ich habe ‚le mot‘ des Chefs nicht verstanden; aber es war, wie Sie gesehen haben, gut plaziert, machte einer Verlegenheit ein Ende und brachte alles ins Lot. Wissen Sie überhaupt, was ein ‚mot‘ ist? Welche Bedeutung es im französischen Leben hat, welche Zaubergewalt ihm eigen ist? Ich gebe gern zu, daß das deutsche Leben, von außen gesehen, viel Bestechendes hat, daß uns die Deutschen in manchen Dingen des äußeren Lebens unbedingt überlegen sind. Glauben Sie aber nicht, daß wir an dieser unserer Unterlegenheit schwer leiden! Glauben Sie nicht, daß wir Sie einfach beneiden müssen!“

Der Franzose hatte auf das starke Bedürfnis seiner Landsleute zum Räsonnieren hingewiesen. Er hätte auch vom Rouspetieren sprechen können, hielt aber vielleicht dies Wort nicht für würdig, in der gegebenen Situation Verwendung zu finden. Unausgesprochen blieb in seiner Rede die Charakteristik des deutschen Arbeiters, die ihm vorgeschwebt haben mag, die er aber um der Höflichkeit willen unterdrückte. Ich fand die ausdrückliche Gegenüberstellung bei Sauvageon in folgenden Bemerkungen nachgeholt: „Der deutsche Proletarier war unfähig, die deutsche Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch eine sozialistische zu ersetzen ... Sie (die deutschen Arbeiter) waren geduldig und ertrugen die kleinen täglichen Widerwärtigkeiten mit einer Gleichgültigkeit oder gar mit einer Heiterkeit, die überraschend wirkte auf den eben angekommenen Franzosen, *dem die Ohren noch sausten von dem Lärm des allgemeinen ‚Meckerns‘, der dem französischen Milieu eigentümlich ist*“ (... „l’universelle rumeur de rouspétance qui est celle du milieu français“).

In der Rede meines französischen Rechtsanwalts hatte mich das Wort „Neid“ sehr getroffen. Haben wir Deutsche nicht die Neigung, immer Neid vorauszusetzen, wenn wir von Vertretern eines anderen Volkes nicht eben liebenswürdig apostrophiert werden? Ziehen wir uns darum so leicht auf diesen Verdacht zurück, weil wir selbst Anwandlungen von Neid so oft erliegen? Von Überheblichkeit wird bei mir nichts mehr zu spüren gewesen sein, und vielleicht bin ich sogar rot geworden. Mit einem Erschrecken mußte ich erkennen, in welchem Umfang ich z. B. den Neid der französischen Bauern so einfach vorausgesetzt hatte für den Fall, daß ihnen ein Vergleich mit dem Leben des deutschen, insbesondere des schleswig-holsteinischen Bauern, möglich gewesen wäre. Hinsichtlich *aller* Lebensbedingungen, vor allem aber in der Art des Wohnens und der Verwendung technischer Hilfsmittel bei der Landarbeit war die deutsche Überlegenheit erwiesen. Glücklicherweise blieb den Franzosen durch ihre gewollte Unkenntnis fremder Verhältnisse und durch den unausrottbaren Wahn, immer und unter allen Umständen an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, ein anders schwer vermeidbarer Neid erspart. Ich nahm mir vor, in Zukunft äußerste Vorsicht walten zu lassen, wenn die Versuchung nahte, das Verhalten der Franzosen aus dem Neid zu erklären.

In nahezu vier Jahren Gefangenschaft, die dem Erlebnis auf dem Bahnhof noch folgten, glaube ich, weitere Fortschritte gemacht zu haben in dem Vermögen, französisches Leben unmittelbar aus sich selbst und nicht aus Ergebnissen eines Vergleiches mit dem deutschen zu verstehen. Seit der Heimkehr in die Heimat habe ich bald vierzig Jahre lang durch Beschäftigung mit französischer Literatur ein Zwiegespräch lebendiggehalten, und das bezeichnet einen langen, zwischen Hoffnungen und Enttäuschungen schwankenden Weg, bis die Annäherung der „Erz- und Erbfeinde“ völlig unmöglich zu werden schien, als der Unheilsmensch

auftauchte, um den uns nach den lärmenden Beteuerungen der ihm hörigen Presse nicht nur Frankreich, sondern die Welt *benedete*.

Vor dem ersten Weltkriege war der Franzose in deutschen Darstellungen oft und vorzugsweise verweicht, dekadent, frivol bis zur offenbaren Lasterhaftigkeit, kurzum ein Mensch,, der als Soldat nicht ernsthaft in Betracht kommen konnte. Leider bewies er im Felde, daß es damit nicht ganz seine Richtigkeit hatte, und so stellte man am Sieger Frankreich als beherrschende Eigenschaft den Sadismus hin. In der Zeit zwischen den Kriegen hat es nicht an ehrlichen und zeitweise auch erfolgreichen Versuchen gefehlt, den gegenseitigen Beschimpfungen ein Ende zu machen. Dann aber kam der Mann aus Braunau, l'homme à la méche, der die ganze, reichlich verrostete Batterie wieder in Stellung brachte. Allerdings hatte er auch *ein* neues Geschütz in die Linie der ehrwürdigen Feldstellungen von Anno dazumal geschoben: seinen Rassenwahn. Die Abschüsse krachten, und wenn die Geschosse drüben auch keine weitere Wirkung taten, so klärte uns doch ihr Donner hinreichend über das „vernegerte“ Frankreich auf.

Der Mann des Schicksals ging folgerichtig seinen Weg weiter bis ans Ende und hat es, sozusagen als Neben- oder stinkendes Abfallprodukt, auch zuwege gebracht, daß er die absurdesten französischen Anschuldigungen aus dem gesamten 19. Jahrhundert vor der ganzen Welt nicht nur glaubhaft machte, sondern sogar ausdrücklich bestätigte. Es bleibt Menschen guten Willens, Franzosen wie Deutschen, die schwere Aufgabe, auch diese Trümmerhaufen zu beseitigen.

Und noch einmal sei hier am Schluß Sauvageon zitiert: „Der Versuch, einen Deutschen zu überzeugen, war vergeblich. Vielleicht ließ sich auch ein Franzose nicht überzeugen, und ich fragte mich wieder einmal, ob diese *Undurchlässigkeit* (impermeabilité) für die Gegengründe des anderen nicht ein gemeinsamer Fehler sei, der Deutsche und Franzosen gleicherweise kennzeichnet.“

Aber hier darf nun und nimmer ein Achselzucken, ein trübseliges Sichabfinden mit Unabänderlichem das Ende sein. Es gibt in jüngster Zeit ermutigende Anzeichen für das Heraufkommen einer neuen Zeit auch in den deutsch-französischen Beziehungen. Ich erwähne das Nächste, das räumlich zur Hand Liegende. Die Stadt, in der ich wohne, unterhält mit der französischen Stadt Mantes la Jolie eine Jumelage, deren Bedeutung im Gesamten der deutsch-französischen Beziehungen natürlich nicht überschätzt werden darf, die aber als Anzeichen einer sich anbahnenden Wandlung ihren hohen Wert hat. Eine Jumelage ist die mechanisch vollzogene Zusammenfügung zweier gleich oder ähnlich gearteter Gegenstände. Möge die umfassende deutsch-französische Jumelage, auf die wir hoffen, Besseres sein als eine von den politischen Umständen mehr oder weniger gewaltsam erzwungene Zusammenfügung! Es sollen sich in ihr zwei lebendige Volksorganismen bei voller Wahrung ihrer trotz mancher Vergleichbarkeiten

bestehenden Eigenart so zusammentun, daß sie füreinander durchlässig werden, perméable für hohe Kräfte des Lebens, die in beiden wirksam sind, daß eine untadelige Diosmose im Geben und Nehmen beiden zum Heil gereiche!

Die Persönlichkeit des Reformationskönigs Christian III.

Es hat einen besonderen Reiz, die menschliche Person eines Fürsten oder Staatsmannes kennenzulernen, die ja oft unter der Wucht der Tatsachen oder im Labyrinth der politischen Aktenstücke sich zu verlieren droht und erst durch Rückschlüsse ermittelt werden muß.

Das Bild Christian III. ist aus seinen Briefen an die Reformatoren in Wittenberg deutlich erkennbar. Er verdient es, daß seiner im Gedächtnisjahr — er starb am 1. Januar 1559 — dankbar gedacht wird. Muß man ihn doch zu den Vätern unserer Landeskirche zählen, wenn man diesen Begriff nicht auf „Lehrväter“ beschränkt.

Geboren am 12. August 1503, hat er mit achtzehn Jahren am Reichstag zu Worms teilgenommen, zusammen mit seinem Hofmeister Johann Rantzau. Er ist sein Leben lang als Fürst und als Mensch ein treuer Gefolgsmann des reformatorisch verstandenen Evangeliums gewesen. Bei dem ständigen Zusammenarbeiten mit Wittenberg, zuerst in der Hadersiebener Reformation — 1526 bis 1528 —, sodann in der Reformation in Dänemark (Bugenhagen war dort fast zwei Jahre lang als theologischer Fachmann und in der geistlichen Leitung des neuen Kirchenwesens tätig) und endlich bei der Reformation in den Herzogtümern — von 1542 — entwickelt sich eine persönliche feste Freundschaft mit den Wittenbergern.

Ein Beispiel solcher Freundschaft bietet der Brief an Martin Luther und — in gleicher Weise — an Philipp Melanchthon.

Besonders war der König Bugenhagen zugetan. Das Verhältnis persönlicher Freundschaft durchdringt auch die amtlichen, respektive sachlichen Anliegen, die in den Briefen vorherrschen.

Christian hatte Bugenhagen den Bischofsstuhl in Schleswig angeboten: „Denn Ihr wisset, was wir für Leute in diesem unserem Lande haben.“ Bugenhagen nahm den Ruf nicht an. Als er später zum Bischof zu Kamin in Pommern gewählt wurde, schrieb ihm der König: „Wir tun Euch deswegen von Gott dem Allmächtigen Glück, Heil und alle Wohlfahrt wünschen.“ Wie freundschaftlich der König sich Bugenhagen verbunden fühlte, geht auch aus dem Antrag hervor, durch den er Bugenhagen gern an die neuorganisierte Universität in Kopenhagen holen will: „Einen gelehrten Mann und berühmten Skribenten als Ihr Haupt“ wünscht er sich und schreibt weiter über Bugenhagen persönlich: „Denn wir hätten gern einen solchen alten Pommern und Speckesser, der auch vielleicht die Luft dieser Lande besser als ein anderer vertragen könnte.“ Mit einem Honorar für einen solchen

Mann will der König nicht kargen.

*Actum Rendsburg dienstags nach conversionis
pauli anno Domini 1544, 29 Januar*

*Christian stc ...1) Unsem gnädigen Gruß zuvorn. Ehrwürdiger und Hochgelahrter,
besonders Lieber!*

Euer tröstlich Schreiben²⁾ itzo an uns gethan, haben wir empfangen, gehört und verstanden. Thun uns für solche christliche Tröstungen gegen euch mit Gnaden bedanken, wollen auch demselben nach unsern einigen Trost und Vertrauen auf den Allmächtigen setzen und nit zweifeln, es werde sein göttliche Allmächtigkeit uns in keinem Wege verlassen, sondern uns und die Unsem für all unsern Feinden und Widerwärtigen erretten, behüten und erhalten. Begehren und gesinnen nochmals gnediglich, Ihr wolte uns, unsere geliebte Gemahl, junge Herrschaften, Brüder, Schwestern, auch unsere Reiche, Lande und Leute eurem christlichem Gebet befohlen sein lassen; auch solches in eure Kirchen zu geschehn Fleiß haben, ob der Almechtige, wie wir zu ihm gänzlich vertrauen, sich unserer Unschuld annehmen und unsere Feinde mutwillig und tyrannisch Vornehmen gegen uns und die Unsem hindern und wenden wolte.

Als Ihr auch in eurem Schreiben von unserm Geschenk meldet, können wir daraus nit wissen, wie es darmit gehet, sonderlich weil Doktor Pommer davon garnichts anzeigt. Wir haben aber durch unsere Amt- und Befehlsleute [es] zuvorhin mit allem Fleiß bestellen lassen. Wes die nun darinne gethan oder nicht, ist uns noch nit angelanget, da es aber so gut, als wir euch dasselbe gerne gönnen, an euch nit angelanget, ist uns das getreulich leid, wollen uns auch desselben erkunden, wie wir dann doktori Pommerano um weiteren Bericht uns davon zu thun geschrieben, und die Verschaffung nochmals thun lassen, damit Ihr, [daß] es an unserm gnädigen Willen je nit gemangelt, erspüren sollt; denn was wir euch aus diesen unsern Reichen und Landen gutes anzeigen können, dazu sind wir geneigt.

Do Ihr auch etwas in diesen orten wisset, dazu ihr Gefallen trüget, solchs wollet uns vermelden, wollen wir uns jeder Zeit darin gnädigst zu erzeighen wissen. Solches wollten wir Euch, als deme wir mit allen Gnaden geneigt gnädigster Meinunge nicht verbergen.

Thun Euch dem allmächtigen ewigen Gotte in seine gnädige Bewahrung, uns aber und unsere geliebte Gemahl, junge Herrschaften, Brüder, Reiche, Lande und Leute in Euer Gebet befehlen.

1) Die Wiedergabe des Briefes geschieht nach der im Druck vorliegenden Sammlung der Briefe. Sie sind nach dem Kopiebuch aus dem Geheimen Staatsarchiv in Kopenhagen veröffentlicht. Es sind deshalb die üblichen Königstitel in der Einleitung und Unterschrift fortgelassen.

2) König Christian war in kriegerische Verwicklungen mit Kaiser Karl V. geraten. Dänemark hatte den Sund für kaiserliche Schiffe gesperrt, darauf erfolgen Kaperungen dänischer Schiffe von kaiserlicher Seite; es handelt sich um den Streit um die Herrschaft Kleve etc., Verwicklungen, die sich auszuweiten drohten.

datum auf unserm Schloß Rendsburg. ut supra¹⁾

Dieses Bild freundschaftlicher Verbindung erhält größere Farbigkeit, je mehr man sich in die Briefe vertieft. In dem zitierten Brief läßt der König seine politischen Sorgen durchblicken — er hat im vorhergehenden Brief ausführlich davon gehandelt — aber es ist auch von Butter und Heringen die Rede; das ist mit dem „Geschenk“ gemeint. — In einem späteren Brief vom 5. Januar 1545 ist sogar von einer „Kuchenspeise“ die Rede — allem Anschein nach Weihnachtsgebäck —, die er seinen Freunden zukommen lassen wollte. Es scheint, daß seine Sendung von Naturalien nicht gut angekommen ist; der König unterließ später diese Art von Unterstützung und setzte statt dessen seinen Freunden ein Jahrgeld aus. Freundlich und selbstverständlich nimmt der Herrscher es auf, wenn er von den Wittenberger Freunden um einige gute „Füchse“ (Pelzwerk) oder Marderfelle gebeten wird. Er versäumt es nicht, für übersandte Bücher — mit Widmungen von Luther, Melanchthon und Bugenhagen — „sich mit allen Gnaden zu bedanken“ und dabei zu betonen: „Und haben daran ein sonderlichs und gut und gnädiges Gefallen.“

Bei allem Hofstil, von dem die Briefe geprägt sind, spürt man immer wieder die menschliche Verbundenheit. König Christian schickt 1544 zu Neujahr drei Krusäten (portugiesische Goldmünzen, mit einem Kreuz gezeichnet, die gern als Schmuck und Gedenkmünzen verwandt wurden — Kaufkraft in heutiger Münze 50 DM) als Gabe für die Gattinnen Luthers, Bugenhagens und Melanchthons. Der König betont, das sei eigentlich kein Geschenk, sondern „daß sie es zu einem Gedächtnis um unserwillen annehmen wollten“. Das Jahrgeld, zuerst erwähnt 1542, von dem in den Briefen mehrfach die Rede ist — Luther konnte es nicht lange genießen —, betrug für Luther, Melanchthon und Bugenhagen nach heutiger Kaufkraft je 3000 DM. Nach dem Tode des Reformators ist der Witwe die gleiche Zuwendung zuteil geworden. Es hat offenbar ein rechtes Vertrauensverhältnis bestanden, denn die Witwe Luthers hat in ihrer Notlage, als sie in den Wirren des Schmalkaldischen Krieges oder in der Not der Pestzeit aus Wittenberg fliehen mußte, sich bittend an König Christian gewandt und mit einem freundlichen Schreiben die erbetene Hilfe in großzügiger Weise erhalten. Ebenso wird später dem Sohn Paul Luther auf die Bitte, die Melanchthon vorbringt, ein Betrag von etwa 2400 DM zugewandt.

Man würde fehlgehen, wenn man den König nur als einen Gefolgsmann der Wittenberger ansehen müßte, ihn etwa mit einem später erfundenen Wort als „germanophil“ charakterisieren wollte. Es ging ihm von Herzen um die Sache der Reformation und um die Sache seiner Länder.

In seinen Briefen finden sich eine Reihe von Namen — Personen, die in Wittenberg studieren und denen der König immer wieder eine Unterstützung zukommen läßt. Beträge im Werte von 800 DM bis 2000 DM werden genannt. Ich

nenne einige Namen: Magister Peter aus Hadersleben, Magister Nicolaus Schwanzius aus Ripen, Petrus aus Gjenner, Jürgen Stur aus Hadersleben, Jacob Henricus und Christian Brun, Tyge Ozmund aus Lund[en], J. Hack und Jep Nielsen aus Kopenhagen und andere mehr. Der König läßt sich über die Personen berichten und gibt auch selber Direktiven.

In der großen Sache, die alle diese Aufgaben und Kleinarbeiten mit sich bringt, entfaltet sich menschliche Verbundenheit und gewinnt lebendigen Ausdruck.

Den letzten Brief, den der König an Luther schrieb — Datum 3. März 1546 —, hat Luther nicht mehr gelesen. Der Brief ist ein Zeugnis einer Verehrung, wie sie einem väterlichen Freunde zuteil wird.

Nach dem Tode des Reformators schreibt der König an Bugenhagen: „Es ist uns das in Wahrheit sehr schmerzlich zu hören gewest, und wir möchten wohl gönnen und von Herzen wünschen, der allmächtige Vater unseres Erlösers und Seligmachers Jesu Christi hätte seiner armen Kirche zu Trost uns den hohen und teuren Mann Gottes, besonders in diesen gefährlichen Zeiten, da die Kirche alleihalben angefochten, noch eine Zeitlang gelassen.“ Der königliche Schreiber fährt fort, es gelte alles der Allmächtigkeit des Allerhöchsten anheimzustellen, der wohl seine arme Kirche erhalten werde, und betont: „Wir wollen auch, so viel uns der ewige Gott Macht und Gewalt hier verliehen, der armen bedrängten Kirchen und derselben Diener, Apostel und Lehrer Mitbeschützer sein.“

Bald nach dem Tode Luthers brach das Unglück des Schmalkaldischen Krieges herein. König Christian schreibt, wie das Briefverzeichnis es nennt, „Trostbriefe“ an Bugenhagen, Melanchthon und Justus Jonas; er sendet wieder fürstliche Geldgaben — etwa 6000 DM — und schreibt u. a.: „Wir wollen auch mit göttlicher Hilf des lieben heiligen Evangelii und unserer wahren christlichen Religion ein beständiger Bekenner bis an unser selig Ende bleiben und uns mit göttlicher Hülff davon nicht drängen lassen. Und als die Sachen der Gestalt fürlaufen und uns schmerzlich und entgegen, wollen wir Euer und der Euren gnädigst eingedenk sein und uns dieselben jederzeit mit Gnaden empfohlen sein lassen.“ So an Bugenhagen, ähnlich an Justus Jonas.

Solch ein Brief war in der Tat eine nicht geringe Gabe. Bedeutete er doch für die Empfänger eine weitreichende Bürgschaft für deren persönliche Sicherheit und außerdem eine gute Zufluchtstätte im Notfall für sie selbst und ihre Familien. So ein Brief bedeutete vergleichsweise mehr, als ein Pfarrer-Notbund in unserer Zeit, dessen Rückhalt viele Amtsbrüder erfahren haben.

König Christian war auch über Einzelheiten der christlichen Lehre unterrichtet. Die Gegenschrift Melanchthons gegen Osiander hat er gelesen und beurteilt Osianders Lehre als „eine ungereimte und schreckliche Vermessenheit“. Da er von seinem Schwager, dem Herzog Albrecht von Preußen, das Osianderbuch zugeschickt bekommen hat, läßt er auch durch seine Theologen eine Beurteilung

feststellen und „will den Herzog zu erinnern, sich nicht versagen“.

Nach dem Urteil des Sachkenners D. Feddersen hat König Christian „das Werk, das sein Vater Friedrich I. zögernd und mit unklaren Zielen begonnen hat, mit Klarheit, Entschiedenheit und anerkannter Weisheit wirklich durchgeführt“. Die innerste Anteilnahme an der Reformation und an deren Führern kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß der König in vielen Briefen, nachdem er sich und die Seinen, seine Reiche und Länder dem Schutze Gottes befohlen hat, zugleich die Fürbitte der Freunde in Wittenberg erbittet.

Die Einzelheiten des politischen Weges, die in Dänemark und in den Herzogtümern sehr verschieden waren, sollen hier außer Betracht bleiben. Alle Historiker, Deutsche wie Dänen, sind darin einig, daß Christian III. ein Fürst von hervorragenden Fähigkeiten und großen Leistungen gewesen ist.

Es war ihm die Reformation der Kirche im Sinne des neu entdeckten evangelischen Glaubens ein Herzensanliegen, und zugleich hat er es auch an charaktervollem Einsatz seiner Person nicht fehlen lassen.

Der Landesherr hatte an vielen Fronten zu kämpfen. Charakteristisch ist, was er in einem Schreiben an den Landgrafen von Hessen, den er um Rat bittet, betont. Er ist besorgt angesichts der Privilegien des Adels und der hohen Geistlichkeit und sagt: „...denn ehe wir ihnen ihr unchristliches Leben billigen und einfolgen, eher wollen wir zu Fuß davongehen und alles liegen und stehen lassen.“

Diese lautere Person des Königs, diese unwandelbare Treue zu der Sache der Reformation, die sich verbindet mit tatkräftigem, gewissenhaftem und erfolgreichem Handeln, ist der Grund dafür, daß der schon genannte Historiker D. Feddersen urteilt: nicht Bugenhagen, sondern Christian III. verdiene in Wirklichkeit den Namen des Reformators unserer Kirche.

Unsere Heimatkirche hat das Glück, von einem Fürsten der Reformation zugeführt zu sein, dem persönlich die Sache des evangelischen Glaubens innerstes Anliegen war. Das ist ein Segen, den auch die Gegenwart erkennen sollte.

Wohl ist es richtig, daß Christian ganz deutsch aufgewachsen ist und, mit den Fürstenhäusern in Sachsen und Brandenburg eng verwandt und verschwägert, der deutschen Kultur angehörte. Seine Muttersprache war das Niederdeutsche. Hochdeutsch ebenso wie Dänisch hat er erst erlernen müssen. Es ist indessen historisch nicht richtig, ihn einen deutschen Fürsten zu nennen. Sicher ist, daß er in seinen Ländern Dänemark und Norwegen sich bemüht hat, nicht als ein fordernder Deutscher aufzutreten. Das mittelalterliche lateinisch-kirchliche Europa ist damals im Vergehen. Es entsteht das Europa der Einzelstaaten und Dynastien, die verbunden und uneins, die voller Rivalität sind und doch zusammengehören. Das Europa, das wir heute meinen, soll anders aussehen.

Christian III. lebte zu einer Zeit, da es Nationalismus im heutigen Sinne nicht gab. Er bemühte sich, das zu sein, was man einen Landesvater nennt; ein Wort, das

im Luthertum sehr betont worden und das vielfach einer ungerechten Kritik ausgesetzt gewesen ist. Aber das ist sicher, an der obersten Stelle, heute wie einst, ist eine charaktervolle Persönlichkeit ein großes Glück für das Volk. Mag nun König, Präsident, Vorsitzender oder Parteiführer oder sonst ein Name für solche Stelle bestimmt sein.

Was unsere Dörfer bewahren auf tragender Ebne des Daseins, hoch türmt die Stadt es und spitz zu den Entscheidungen auf.

FRIEDRICH ERNST PETERS

Grenzlandgeschichte von Norden gesehen

Daß das dänische Volk ein besonders lebendiges Geschichtsbewußtsein besitzt, daß der Däne mehr als der Deutsche politisch aus der Geschichte seines Landes lebt, ist unbestritten. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß man dänischerseits auch die grenzpolitischen

Auseinandersetzungen wesentlich mit historischen Argumenten bestreitet, muß man auch das Erscheinen eines Buches sehen, welches auf eine Anregung der dänischen Botschaft in Bonn zurückgeht und mit Unterstützung der dänischen Regierung einem nicht unbeträchtlichen Kreis deutscher Stellen zugänglich gemacht wurde, das seinem Charakter nach dennoch nicht etwa als eine dänische Apologie aufgefaßt werden kann. Es ist die in deutscher Sprache geschriebene „Geschichte des schleswigischen Grenzlandes“ von Troels Fink (Verlag Ejnar Munksgaard, Kopenhagen).

Der Verfasser, Dr. phil. Troels Fink, ein gebürtiger Nordschleswiger und gegenwärtig Professor an der Universität Aarhus, ist uns Deutschen im Grenzland nicht unbekannt. Er gehört nicht nur zu den regelmäßigen Teilnehmern der Flensburger Tage, hat vielmehr auf ihnen oder gleichgearteten Veranstaltungen in Flensburg vielbesprochene Referate

geboten, steht im wissenschaftlichen Verkehr mit deutschen Historikern und ist Berater der dänischen Staatsregierung in Grenzfragen. Es steht uns im übrigen nicht zu, sein Buch auf seinen wissenschaftlichen Rang und die Haltbarkeit seiner Thesen hin zu beurteilen. Dazu liegen überdies Stellungnahmen deutscher Historiker vor. Finks Werk geht nämlich auf zwei Bücher zurück, die bereits vor einigen Jahren — in dänischer Sprache natürlich — erschienen und nunmehr in deutscher Übersetzung zusammengefaßt worden sind. Allerdings ging es dabei nicht ohne Kürzungen und Auslassungen ab. Jenen beiden Büchern aber haben deutsche Geschichtswissenschaftler in der „Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte“ bezeugt, daß sie bei streng objektiver Haltung nur das Ziel verfolgen, der Wahrheit zu dienen, wenn auch der Verfasser seinen dänischen Standpunkt weder verleugnen könne noch wolle. Prof. V. Pauls hat damals geschrieben, an Finks Buch werde deutlich, wie gering im Grunde die Differenzen zwischen der dänischen und der schleswig-holsteinischen Forschung über die Entwicklung der Herzogtümer sei. Ähnlich äußert sich nunmehr Troels Fink im Vorwort

seines neuen Buches, wobei allerdings auch er zugibt, daß beim besten Willen zur Objektivität die Gesichtspunkte verschieden bleiben, je nachdem ob man die Geschichte des Grenzlandes von Norden oder von Süden her betrachtet. Er hoffe aber, bei deutschen Lesern Interesse dafür zu finden, die Geschichte Schlesiws von der anderen Seite her zu sehen. Nun, angesichts der dänischen Neigung, Politik mit historischen Argumenten zu treiben, wird man wohl mehr als diesen Wunsch hinter dem Werk vermuten müssen. Dennoch glauben wir, daß deutsche Leser aus ihm Gewinn ziehen können, nicht nur, weil es manche interessante Einzelheit enthält, die man etwa bei Brandt nicht findet, oder weil es den Stoff ausgezeichnet aufgledert und sehr verständlich darstellt, eine Gabe, die dänischen Wissenschaftlern in hohem Maße eigen ist.

Daß Finks Geschichte des Grenzlandes bei der sie auszeichnenden Objektivität und maßvollen Haltung Wasser auf die Mühlen der dänischen Propaganda leitet, möchten wir jedenfalls nicht zugeben. Man könnte z. B. jenen dänischen Agitatoren, die so gern von der gewaltsamen „Verpreußung“ unseres Landes und seines dadurch bedingten deutschen Charakters sprechen, manche Einzelheit aus diesem Buche entgegenhalten. So weist Prof. Fink darauf hin, daß sich die ersten Ansätze zu dem, was man später den Schleswig- Holsteinismus

nannte, bereits in den Jahren nach 1773 finden, und welchen Widerhall das neue deutsche Nationalgefühl nach 1814 bei den Deutschgesinnten in „Holstein und in Südschleswig“ fand. Er erwähnt Grundtvigs Aus- Spruch 1831, daß Schleswig ein Glied sei, von dem man nicht leicht sagen könne, „zu welchem Körper es eigentlich gehört“. Er erwähnt ebenso, daß die nordschleswigschen Städte vor 1848, mit Ausnahme Sonderburgs, überwiegend deutschgesinnt gewesen seien, daß 1863 das Dänentum in Flensburg zwar sprachlich im Begriff war, Wurzeln zu schlagen, daß ansonsten aber „in den südschleswigschen Städten das Deutschtum und die schleswig- holsteinische Einstellung fest im Sattel“ saßen. Soviel nur beispielsweise.

Von den oben erwähnten deutschen Rezensenten macht einer, und zwar u. E. mit Recht, Vorbehalte in bezug auf den Teil des Buches, der die geschichtliche Entwicklung seit 1920 behandelt. Die Geschichte dieser Zeit zu schreiben, deren Ereignisse noch unmittelbar bis in die aktuelle Politik der Gegenwart wirken, und zu der uns allen noch der notwendige Abstand fehlt, ist gewiß eine schwierige Aufgabe. Ohne uns im Rahmen dieses Aufsatzes mit Einzelheiten befassen zu wollen, möchten wir nur eins zur Haltung der deutschen Nordschleswiger in den Jahren zwischen 1920 und 1945 sagen: Wenn sich die dänischen Südschleswiger

auch heute noch nicht mit der Grenze von 1920 abfinden, wieviel begreiflicher war es, daß sich damals in der Zeit zwischen den Weltkriegen die deutschen Nordschleswiger nicht mit den Ergebnissen eines Plebiszits abfinden, wie es 1920 durchgeführt wurde und deutscherseits nicht als geeignete Grundlage einer gerechten Lösung anerkannt werden konnte. Aber all das steht heute ja nicht mehr zur Debatte.

In der tausendjährigen, kampferfüllten Geschichte unseres Landes ist es, wie Prof. Fink sagt, zwischen dänisch und deutsch oft hart auf hart gegangen. Es wäre unfruchtbar, sich aus dem, was der Vergangenheit angehört, viel vorzuwerfen, wie es von beiden Seiten geschehen könnte. Uns lehrt vielmehr auch dieses Geschichtswerk eines dänischen Historikers, wie es möglich ist, ohne Leidenschaft, aber mit dem Willen zur Sachlichkeit über unumgängliche Gegensätze, die sich

aus dem geschichtlichen Ablauf ergaben, hinweg versöhnenden Kontakt zwischen Deutschen und Dänen zu gewinnen — eben auf dem Grunde der Wahrheit.

Prof. Troels Fink stellt sich mit seinem Buch in die Reihe derjenigen, denen es um die Verständigung jener beiden Völker geht, in deren Geschichte das schleswigsche Grenzproblem einen so bedeutungsvollen Raum hat. So schließt er sein Buch mit den Worten; „Es ist aber eine große Befriedigung, diese Geschichte des schleswigschen Grenzlandes im Zeichen des Friedens und der zunehmenden Verständigung abschließen zu können.“ Wir nehmen die in diesen Worten liegende Feststellung des dänischen Historikers, da wir den Grundsätzen wie den staatlichen und volklichen Lebensformen einer neuen, die Gewalttätigkeit ablehnenden Zeit folgen, gern zur Kenntnis.

Die im Flensburger Tageblatt erschienene Würdigung des Buches von Troels Fink aus der Feder von Dr. Hanno Schmidt wurde uns zur Veröffentlichung freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Die Umschau dieses ersten Heftes des Jahrganges 1959 ist zwangsläufig mehr oder weniger eine Rückschau, da das letzte Heft des vergangenen Jahres ausschließlich den Lebenserinnerungen Axel Henningsens galt. Wenn in dieser Umschau rückgeblendet wird, so mag das zeigen, wie schnelllebig unsere Zeit geworden und schon fast vergessen ist, was im letzten Herbst höchst aktuell und wichtig war. Da war die Landtagswahl mit dem von vielen nicht erwarteten dänischen Stimmengewinn und den sich daran anknüpfenden Erörterungen über das Warum und Weshalb; da war der Deutsche Tag in Tondern mit seiner Feststellung einer Versteifung des deutsch-dänischen Verhältnisses, aber auch der starken Betonung der europäischen Aufgabe der deutschen Volksgruppe; da war die Stellungnahme des Grenzpolitischen Rats zur sogenannten Rechtsabrechnung in Dänemark; da war die Herbsttagung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes mit seinem Bemühen um die traditionellen Werte unserer Heimat, und da waren die „Flensburger Tage“, um nur einige zu nennen.

*

Die Landtagswahl 1958 und ihr Ergebnis

Alle diejenigen, die sich mit der Auswertung von Statistiken und Wahlergebnissen befassen, um aus ihnen eventuell Schlüsse auf sich anbahnende Entwicklungen oder veränderte Tendenzen zu ziehen, sind sich über das uneinheitliche und schwer durchschaubare Ergebnis der Landtagswahl einig. Einiges wenige läßt sich aber wohl trotzdem andeuten. Es gibt eine sehr ernst zu nehmende Auffassung, die mit guten Gründen glaubt, nur aus den Ergebnissen der Bundestagswahlen auf *die lange Linie* der Entwicklung schließen zu dürfen, und zwar mit dem Ergebnis, daß der Anstieg der dänischen Stimmen zur Landtagswahl nur ein vorübergehender Erfolg sei. Zum anderen hat das Ergebnis der Landtagswahl erneut und in verstärktem Maße deutlich werden lassen, daß das südschleswigsche Dänentum seine festesten Positionen in den größeren Ortschaften und Städten, vor allem in Flensburg hat, wobei eine Untersuchung speziell des Flensburger Wahlergebnisses vor der gleichen Schwierigkeit der klaren Ausdeutung steht. Die deutschen Grenzverbände haben aus dem Landtagswahlergebnis die ganz allgemeine Schlußfolgerung gezogen, daß vor allem eine Verstärkung ihrer sozialen Arbeit notwendig sei und hierfür größere Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden müßten.

*

Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten v. Hassel

Ein Wort zu der in diesem Landtag wieder vertretenen dänischen Minderheit. Ich bin überzeugt, daß sich ein fruchtbares Zusammenwirken mit ihr im Parlament ergeben wird. Bei der Verabschiedung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben wir damit gerechnet, daß mit der Landtagswahl 1958 Vertreter der dänischen Minderheit wieder in den Landtag einziehen würden. Bei der Erörterung dieser Erklärungen wurde daher vorgesehen, daß mit Ablauf der Wahlperiode des alten Landtages sowohl der parlamentarische „Ausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit“ als auch der „Deutsch-Dänische Verständigungsausschuß für den Landesteil Schleswig“ ihre Tätigkeit beenden würden. Allen Mitwirkenden – sowohl im Landtagsausschuß wie auch im außerparlamentarischen Verständigungsausschuß – hat die Landesregierung für die von ihnen geleistete Arbeit zu danken. Die Landesregierung ist mit dem letzten Vorsitzenden des Verständigungsausschusses, Herrn Jens Hansen, der Auffassung, daß in diesem Verständigungsausschuß Deutsche und Dänen immer gut zusammengearbeitet haben.

In Wort und Schrift haben Sprecher der dänischen Minderheit Darstellungen gegeben, die um der historischen Wahrheit willen zurechtgerückt werden müssen. Es wurde hinsichtlich der Ausnahmebestimmung von der Fünfprozentklausel zugunsten der dänischen Minderheit immer wieder behauptet, diese sei nicht von Kiel, sondern von Bonn oder gar von Karlsruhe aus veranlaßt worden.

Ich stelle demgegenüber folgendes fest: Die Landesregierung hat bereits vor den Bonn-Kopenhagener Besprechungen des Frühjahrs 1955 klar und unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie die Möglichkeit einer parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag prüfen wolle, sofern es auch insoweit möglich sei, hinsichtlich der Rechte der beiderseitigen Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze eine gleichmäßige Regelung herbeizuführen. Die Landesregierung und ihre Beauftragten haben ausdrücklich erklärt, daß die Landesregierung bereit und willens sei, „darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der Fünfprozentklausel im §3 des schleswig-holsteinischen Landeswahlgesetzes zugunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt.“

Wir wollen festhalten und diese Tatsache durch keine Entstellungen verwischen lassen: Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat am 11. August 1954 in dem Verfassungsverstreit zwischen dem Südschleswigschen Wählerverband und der Landesregierung beziehungsweise dem Landtag den Antrag des SSW, die Verfassungswidrigkeit der Fünfprozentklausel festzustellen, als unbegründet abgewiesen. In dem Urteil wurde ausgeführt, daß eine Partei, die eine nationale Minderheit vertrete, bei dem Wettbewerb um Parlamentssitze keinen Rechtsanspruch auf eine Sonderbehandlung habe.

Trotz dieses klaren Rechtsentscheides haben sich Landtag und Landesregierung

seinerzeit entschlossen, eine Ausnahmebestimmung zugunsten der dänischen Minderheit in das Wahlgesetz einzubauen. Politik ist gewiß keine Sache, in der man auf viel Dank rechnen sollte. Aber man wird erwarten dürfen, daß die historische Wahrheit nicht verfälscht wird. Ich bin davon überzeugt, daß in diesem Grundsatz die beiden Abgeordneten des SSW mit mir übereinstimmen.

*

Wie zum Landtag 1958 gewählt wurde (dänische Stimmen)

Wahlkreis	Stimmen- zahl	Anteil %	in Gegenüber Bundestagswahl in %	Zunahme
Flensburg-West	9 142	32,	} 1666	9,1
Flensburg-Ost	7 337	25,1		
Flensburg-Land	3 154	11,3		
Südtondern	2 696	11,0	} 482	8,1
Husum-Land	1 789	7,2		
Husum/Eiderstedt	2 486	10,0		
Schleswig	3 035	11,5	} 249	4,3
Südangeln/Schwansen	1 827	7,4		
Eckernförde	1 361	5,2		
Rendsburg-West	257	1,0	} 173	18,4
Rendsburg-Nord	795	2,9		
Kiel-Nord	271	1,0	34	9,7
Landesteil Schleswig	34 150	10,9	2604	8,2

Fraktionsrechte

für die Abgeordneten des SSW

Den Vertretern des SSW im neuen Landtag, den Abgeordneten Münchow und Bahnsen, wurde zum Beginn der Legislaturperiode vom Schleswig-Holsteinischen Landtag die Eigenschaft als Fraktion zuerkannt.

Die im Landesteil Schleswig gewählten Abgeordneten

Andresen, Matth., Schneidermstr. (CDU)

Husum, Herzog-Adolf-Str. 43

Claussen, Ludwig, Lehrer (CDU)

Niebüll, Kleinkoogsweg 5

Klinker, Hans-Jürgen, Bauer (CDU)

Ülsby (Kreis Schleswig)

Hassel, Kai-Uwe von, Ministepräsident (CDU)

Glücksburg, Petersens Allee 7

Jensen, Peter, Bauer (CDU)

Ausacker (Flensburg-Land)

Mentzel, Walter, Landrat (CDU)

Eckernförde, Mühlenberg 5

Martens, Volkert, Bauer (CDU)

Pohnshalligkoog

Schlegelberger, Dr. Hartwig (CDU)

Flensburg Diétrich-Nacke-Str. 21

Thee, Jürgen, Landwirt (CDU)

Hüsby (Kreis Schleswig)

Lurgenstein, Walter, Parteisekr. (SPD)

Husum, Kuhsteig 6

Schulz, Kurt, Verw.-Angest. (SPD)

Eckernförde, Sehestedter Landstr. 54

Steffen, Joachim, Redakteur (SPD)

Flensburg, Lundweg 1

Schult, Hans, Journalist (BHE)

Eckernförde, Tirpitzweg 2

Reinefarth, Hans, Bürgermstr. (BHE)

Westerland, Stadumstr. 43

Bahnsen, Berthold, Sparkassenlfr. (SSW)

Leck, Hauptstraße

Münchow, Samuel, Stadtrat a. D. (SSW)

Flensburg, Rude 34

Das Ergebnis früherer Wahlen (dänische Stimmen)

Wahlkreis	Landtagswah		Landtagsw	Bundtagsw
	l 1947	hl 1950	ahl 1954	ahl 1957
Flensburg-West	33 419	14 637	11 262	8 235
Flensburg-Ost	33 419	13 006	9 089	6 241
Flensburg-Land	8 269	5 633	3 498	2 790
Südtondern	9 200	6 254	3 073	2 580
Husum-Land	8 026	5 605	2 282	1 523

Husum/Eiderstedt	9 159	7 574	3 295	2 193
Schleswig	9 799	7 312	3 637	2 777
Südangeln/Schwansen	7 157	4 518	2 372	1 669
Eckernförde	5 532	3 335	1 965	1 298
Rendsburg-West	1 887	966	352	212
Rendsburg-Nord	5 594	2 336	1 065	637
Kiel-Nord	1 284	522	352	224
<hr/>				
Landesteil Schleswig ...	99 500	71 864	42 242	32 262

EWG, Freihandelszone und Grenzland

Es besteht allgemein Einmütigkeit darüber, daß die zum Jahresbeginn angelaufene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und das bisherige Scheitern der außerdem geplanten Freihandelszone auch für unser Grenzland Schleswig im Wirtschaftlichen wie im Politischen positive und negative Auswirkungen haben wird. Im gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich über die wahrscheinliche Entwicklung noch kein klares Bild gewinnen. Es liegen aber schon die verschiedensten Stimmen und Meinungsäußerungen vor, die hier im wesentlichen nach Berichten des „Flensburger Tageblatts“ kurz registriert werden sollen, ohne daß wir selbst zu den Dingen Stellung nehmen.

Zwei deutsche Stimmen

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel Schleswig-Holstein, Bezirksvereinigung Flensburg, sprach das geschäftsführende Präsidialmitglied des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Dr. Dohrendorf, Bonn, über die in den nächsten Jahren bis zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes nach Ablauf der Übergangszeit im Jahre 1970 zu erwartende Situation.

Dr. Dohrendorf betonte, daß der in Rom unterzeichnete Vertrag weniger von der Wirtschaft als von der Politik her seinen Inhalt erhalten hätte. Es geht bei der EWG nicht nur um eine Zollunion, sondern um die Freizügigkeit des gesamten Waren- und Kapitalverkehrs sowie des Arbeitsmarktes.

Die Zollsenkung innerhalb der sechs Staaten erfolge in drei Stufen. Die erste sei am 1. Januar 1963 mit einer Gesamtzollsenkung von dreißig Prozent abgeschlossen, die zweite bis zum 1. Januar 1966 ebenfalls mit dreißig Prozent und der Rest werde bis 1970 im Wege der Vereinbarung der beteiligten Länder verschwinden. Gleichzeitig erfolge der Abbau der Kontingente durch Schaffung von Globalkontingenten, deren volle Ausschöpfung jedem EWG-Land zustehe. –

Das sehr schwierige Problem der Erhaltung der Stabilisierung der Währung, das im Vertrag nur am Rande behandelt worden sei, sei durch die Einführung der Konvertibilität der Währungen gefördert.

Für den Groß- und Außenhandel sei aber die Meinung der außerhalb der EWG stehenden Länder von großer Wichtigkeit.

Insbesondere sei die kleinautarke Lösung, d. h. Beschränkung auf die sechs EWG-Länder, abzulehnen und die Erweiterung zu einer Freihandelszone oder eine ähnliche Anpassung der anderen europäischen Länder an unseren Wirtschaftsraum erforderlich.

Nach einer Schilderung der fünf Instanzen der EWG, deren wichtigste z. Z. noch der Ministerrat sei, befaßte sich Dr. Dohrendorf mit den den Großhandel als solchen berührenden Problemen der EWG. Dr. Dohrendorf vertrat die Auffassung, daß sich im Augenblick noch nicht viel ändern werde, da die jetzt erfolgte Zollsenkung von zehn Prozent seitens der Bundesrepublik bereits 1957 autonom vorgenommen worden sei.

Der Großhandel müsse aber schon jetzt die industrielle Produktion in den anderen fünf EWG-Ländern sondieren und beobachten, um nicht eines Tages aus der Absatzwirtschaft ausgeschaltet zu sein, weil ausländische Unternehmen eigene Niederlassungen in der Bundesrepublik errichtet haben. Das Interesse bei den ausländischen Firmen, mit ihren Artikeln auf den deutschen Markt zu kommen, sei sehr groß.

*

In seinen Betrachtungen zum Jahreswechsel, also einige Wochen früher, äußerte sich Otto Weide, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Flensburg, zur EWG und der Freihandelszone wie folgt:

„Die Hoffnungen auf Bildung einer Freihandelszone und Einbeziehung der nordischen Länder in dieselbe haben sich bisher nicht erfüllt. Daß es hierzu oder zu einer anderen, in der Wirkung gleichen Regelung baldigst kommt, darauf muß das gesamte Land Schleswig-Holstein entscheidendes Gewicht legen. Wenn solches nicht geschieht, würde die Randlage des Landes eine weitere Verschärfung erfahren, da es dann an die Peripherie nicht nur der deutschen Bundesrepublik, sondern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelangen würde.

*

Was ein dänischer Fachmann sagt

Der ehemalige dänische Finanzminister Professor Thorkiel Christensen nannte es anläßlich der „Flensburger Tage“ in seinem Vortrage über „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus dem Blickwinkel Dänemarks als ein Unglück, wenn Europa auf wirtschaftlichem Gebiet in zwei Teile zersplittert würde, nachdem doch schon die Welt in ein östliches und westliches Lager gespalten sei. Als größtes

Verdienst der im Gemeinsamen Markt zusammengeschlossenen sechs Länder stellte er heraus, daß sie den Anstoß zu einer Freihandelszone gegeben hätten. Dänemark stehe heute vor der Frage, was für seine Wirtschaft vorteilhafter sei: Gemeinsamer Markt oder Freihandelszone. Von entscheidender Bedeutung für die Wohlfahrt des Landes sei die dänische Ausfuhr. Davon gingen dreißig Prozent in die Länder des Gemeinsamen Marktes, vierundvierzig Prozent in die für die Freihandelszone in Frage kommenden elf Länder, elf Prozent in das übrige Europa und die Sowjetunion und einundzwanzig Prozent nach Übersee, wohin vor dem Kriege nur fünf Prozent geflossen seien. Es sei also so, daß die Länder der geplanten Freihandelszone dreiviertel der dänischen Ausfuhr abnehmen.

Sollte die Freihandelszone nicht verwirklicht werden, so würde Dänemark in eine schwierige Lage kommen. Die Ausfuhr in die sechs „Marktländer“ würde abgebaut und andererseits würden die Einfuhren aus diesen Ländern nach Dänemark zurückgehen. Das könnte erhebliche politische Konsequenzen mit sich bringen. Dänemark müsse also Maßnahmen zur Verteidigung der Zahlungsbilanz und der Beschäftigung ergreifen.

Zu der Frage: „Gemeinsamer Markt der Sechs oder Freihandelszone der Siebzehn?“ sei noch zu sagen, daß die dänische Landwirtschaft für den Gemeinsamen Markt sei, die offizielle dänische Politik sich aber auf die Freihandelszone konzentriere. Der Beitritt zum Gemeinsamen Markt mache eine völlig neue Handels- und Zollpolitik notwendig, und zwar einen Abbau der Zölle gegenüber dreißig Prozent der Kunden und eine Erhöhung der Zölle gegenüber siebenzig Prozent der Abnehmer dänischer Erzeugnisse. Nicht zu vergessen sei, daß Dänemark der größte Exporteur für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Europa und sein größter Abnehmer hierfür Großbritannien sei. Die sechs „Marktländer“ hingegen nähmen nur soviel ab wie Großbritannien allein. Außerdem seien die sechs „Marktländer“ heute beinahe schon landwirtschaftliche Selbstversorger. Da Dänemark fünfzig Prozent seiner Landwirtschaftserzeugnisse exportiert, würde der Gemeinsame Markt für Dänemark bedeuten, daß es seine Türen für Industrie-Erzeugnisse öffnen müsse, während für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Türen der anderen verschlossen seien. Der Gemeinsame Markt setze ferner die freie Bewegung von Kapital und Menschen innerhalb des Marktbereiches voraus. Auch das würde nach Ansicht des Sprechers erhebliche Auswirkungen zum Nachteil Dänemarks haben. Deshalb sei seine Auffassung, daß Dänemark nicht als Mitglied des Gemeinsamen Marktes, sondern als Mitglied der Freihandelszone in das neue Europa eintreten müsse.

Abschließend befaßte sich Christensen mit dem deutsch-dänischen Grenzgebiet. Er sagte, daß in diesem Raum nationalpolitische Probleme in den Hintergrund treten müßten, wenn man ein neues Europa schaffen wolle. Aber gerade in diesem Grenzgebiet würde nach seiner Ansicht der Gemeinsame Markt durch freie

Bewegung von Kapital und Menschen erhebliche Unruhe schaffen.

*

Eine deutsch-dänische Diskussion

Die sehr rührige und Fragen des Grenzlandes gegenüber besonders aufgeschlossene Volkshochschule Friedrichstadt hatte Anfang Dezember Vertreter von diesseits und jenseits der Grenze zu einem Rundgespräch eingeladen mit dem Thema „Kann die Wirtschaft ein Bindeglied zwischen Deutschland und Dänemark sein?“

Gesprächspartner waren von dänischer Seite Landwirt Peter Chr. Hansen aus Nygaard, Redakteur Björn Hansen aus Apenrade, der Vorsitzende des Dänischen landwirtschaftlichen Vereins in Nordschleswig und Diplom-Volkswirt Lehfeldt vom Dänischen Sekretariat in Flensburg.

Die deutsche Seite vertrat Dr. Imle von der Industrie- und Handelskammer Flensburg, während der Bauernverband der Aufforderung zur Teilnahme an dem Gespräch nicht gefolgt war mit der Begründung, daß ihm „das Eisen zu heiß“ sei. Kurzreferate von Peter Christian Hansen und Dr. Imle leiteten das Gespräch ein. Beide Redner waren sich über die günstige Entwicklung der deutsch-dänischen Handelsbeziehungen in den letzten Jahren einig, weniger waren sie es über den Gemeinsamen Markt und seine Auswirkungen.

Hansen vertrat die Ansicht, daß die EWG ohne die Freihandelszone nur eine halbe Sache sei und so zu einem Unglück für den Westen werden könne. Europa, das in der Nato seine Freiheit verteidigen müsse und wolle, dürfe nicht wirtschaftlich gespalten werden. Man könne nur hoffen, daß die Politiker einsichtig seien und den Vertrag über die EWG nicht in Kraft setzen würden (was inzwischen ja geschehen ist! Die Red.).

Dr. Imle betonte demgegenüber, daß die Liberalisierung der Wirtschaft in Deutschland es dänischen Firmen ermögliche, sich in Deutschland niederzulassen und davon in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht werde. Leider seien in Dänemark noch keine Parallelmaßnahmen getroffen worden. Die Befürchtungen dänischerseits, daß dadurch ein deutsches Übergewicht entstehen könnte, wenn man dem deutschen Markt alle Wege nach Norden öffne, wies er zurück. Er meinte, daß sehr schnell ein fruchtbarer Ausgleich eintreten würde.

Wie sehr wirtschaftliche und politische Fragen sich sofort miteinander verquicken, bewies die Frage Lehfeldts, ob diese Verständigung auf Grund der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Bedrohung aus dem Osten nicht nur rein rationell und erzwungen und daher wenig haltbar sei.

*

Die Meinung der Nordschleswiger

Dieselbe enge Verknüpfung von Wirtschaft und Politik zeigte sich auch auf dem „Deutschen Tag“ in Tondern, dem Jahrestreffen der deutschen Nordschleswiger.

Hier vertrat der Vorsitzende der deutschen Volksgruppe, Hans Schmidt, Oxbüll, die Ansicht, wenn Dänemark nicht der EWG beiträte, dann sei man durch einen „wirtschaftlichen Vorhang“ vom Mutterland getrennt und müsse sich „mit dem Rücken an der Wand“ behaupten. Das Leben der deutschen Minderheit in Nordschleswig sei mit dem Mutterland enger verbunden, als in weiten Kreisen angenommen wird.

Der Generalsekretär der Minderheit, Rudolf Stehr, betonte in einer Arbeitsbesprechung, daß sich der Bund deutscher Nordschleswiger aus allgemeinen politischen Erwägungen und aus der Sicht des Grenzlandes heraus für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa auf breiter Grundlage einsetze. Die deutsche Volksgruppe begrüße jede Entwicklung, die dazu beitrage, die Bedeutung einer Grenze abzubauen. *Trete Dänemark der EWG nicht bei, werde die Grenze bei Flensburg Europa in zwei Teile teilen und die Freizügigkeit weiter eingeschränkt.*

*

Freizügigkeit gefordert

Unabhängig von der endgültigen Entscheidung Dänemarks über den Beitritt zur EWG oder zu einer Freihandelszone muß im Grenzland Schleswig schon vorher „die größtmögliche Freizügigkeit der wirtschaftlichen Betätigung“ angestrebt werden. Zu dieser Forderung kamen führende Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig auf einer Arbeitstagung in Sankelmark. Der Generalsekretär des Bundes, Rudolf Stehr, sagte weiter dazu, genauso wie das Interesse dänischer Firmen an einer Ansiedlung im Bundesgebiet durch großzügige Förderung deutscher Behörden unterstützt würde, müßte auch deutschen Staatsangehörigen die gleiche Möglichkeit in Dänemark gegeben werden. Die Minderheitenführung sei der Ansicht, daß eine solche „Auflockerung“ der jetzigen dänischen Bestimmungen der gesamten Grenzlandbevölkerung und dem deutsch-dänischen Nachbarschaftsverhältnis zugute kommen würde, weil damit das Wirtschaftsleben zu beiden Seiten der Grenze allgemein gefördert werde. Wenn es jedoch bei den jetzigen dänischen Beschränkungen bliebe, sagte Stehr, könne künftig ein sizilianischer Arbeiter leichter in Flensburg Beschäftigung finden als ein Däne aus einem nur zehn Kilometer entfernten nordschleswigschen Grenzort.

*

Der Sprung über die Grenze

Ohne die Entscheidung der Politiker über das Schicksal der EWG und der Freihandelszone abzuwarten, sind die Praktiker darangegangen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Bis etwa zum Jahresende 1958 haben sich elf dänische Firmen, die im Landesteil Schleswig Zweigunternehmen errichtet haben oder einrichten wollen, hier handelsgerichtlich eintragen lassen.

1. Danfoss, Autom. Schalt- und Regelapparate GmbH, Flensburg (aus Norburg auf Alsen). Danfoss hat im Herbst 1958 auf einem Gelände in Klues die Produktion aufgenommen.
 2. Sabroe, Kältetechnik GmbH, Flensburg-Weiche (aus Aarhus).
 3. Dansk Termoplastik Industrie GmbH, Flensburg (aus Kopenhagen).
 4. Dänischer Holzexport Nissen & Petersen, Flensburg (Zweigniederlassung von Dansk Trå Eksport Nissen & Petersen, Krusau).
 5. Jensen & Kirkegaard, Großhandel mit Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten, Flensburg (aus Kopenhagen).
 6. Maschinenfabrik Nagböl GmbH, Tarp (aus Nagböl bei Kolding).
 7. A. Gjording & Co., Handel mit Möbel- und Wandtafelstoffen und ähnlichen Erzeugnissen, Tarp (aus Kolding).
 8. „Sunds“, Ventilationsanlagen und Baumaterialien GmbH, Wedingfeld.
 9. Carlsen & Plenge, Flensburg (Zweigniederlassung der gleichnamigen Farbengroßhandlung in Kopenhagen).
 10. Hafnia-Geräte GmbH, Flensburg (aus Silkeborg).
 11. Schleswiger Asphalt-Splitt-Werk GmbH, Jagel (Owe Arkil A/S., Hadersleben).
- Andere Firmen stehen wegen des Sprunges über die Grenze noch in Unterhandlungen.

*

Dr. Hanno Schmidt hat im „Flensburger Tageblatt“ zur Ansiedlung dänischer Firmen in Südschleswig folgendes geschrieben:

Im Hinblick auf den Gemeinsamen Europäischen Markt hat sich eine Reihe reichsdänischer Wirtschaftsunternehmen zu einem „Sprung über die Grenze“ entschlossen. Sie wollen nicht „draußen vor der Tür“ bleiben, sondern „mit einem Bein“ im Wirtschaftsraum der Sechs stehen und an den Vorteilen, die der Gemeinsame Markt bietet, teilhaben. Weitere Gründe für die dänische Wirtschafts-„Expansion“ sind die günstigere Arbeitsmarktlage bei uns (solange sie noch so blüht wie gegenwärtig), die liberale Wirtschaftsgesetzgebung der Bundesrepublik, steuerliche Gesichtspunkte usw. Jedenfalls versprechen sich die dänischen Unternehmen, von deren Ansiedlung im ganzen Lande bis nach Lübeck hinunter man hört, Vorteile dieser Art.

Von deutscher Seite hat man diese „Invasion“ stets bewußt unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen. Man hat sie im Hinblick auf die notwendige wirtschaftliche Integration, aber selbstverständlich auch zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres gesamten Grenzlandes unterstützt, soweit das möglich war.

Während also auf deutscher Seite ebenso wie bei den reichsdänischen Unternehmen, die ohne jede Werbung und aus eigener Initiative zu uns kommen, bei dieser Entwicklung allein und ausschließlich das wirtschaftspolitische Moment

eine Rolle spielt, lassen die Organisationen der dänischen Minderheit in letzter Zeit nationalpolitische Hintergedanken keimen. In der dänischen Presse ist wiederholt die Ansicht der Minderheit angeklungen, daß die Ansiedlung der reichsdänischen Betriebe im deutschen Grenzland für sie „keine schlechte Sache“ bedeute, sondern daß man annimmt, daraus im Gegenteil politisch und volklich Kapital schlagen zu können.

Hier wird die Sache für uns nun doch problematisch. Ob die Funktionäre der dänischen Minderheit den reichsdänischen Unternehmen, die sich im weiteren Raum südlich der Grenze ansiedeln, einen Gefallen erweisen, indem sie in dieser Weise grenzpolitisch aktiv werden wollen, möchten wir in Frage stellen. Vielmehr glauben wir im Gegenteil nach wie vor, daß die dänischen Firmen nur von rein wirtschaftlichen Erwägungen ausgehen, und daß ihnen der nationalpolitische Gesichtspunkt fremd und darum sein Aufgreifen auf der grenzpolitischen Ebene keineswegs angenehm ist.

*

Drei Kurztagungen der deutschen Nordschleswiger

Der Bund deutscher Nordschleswiger führte zu Beginn dieses Jahres drei Kurztagungen in Sankelmark durch, die sich zu einem wirksamen Auftakt für die Arbeit im neuen Jahr gestalteten.

Die erste Tagung befaßte sich mit wirtschaftspolitischen Problemen des Raumes zu beiden Seiten der Grenze.

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch nördlich der Grenze spricht man von der peripheren Lage und von der Notwendigkeit, neben der Landwirtschaft die gewerbliche Wirtschaft des Grenzlandes stärker zu fördern und zusätzliche Arbeitsplätze für die junge Generation zu schaffen. Der Sekretär des Nordschleswigschen Wirtschaftsrates in Apenrade gab eine Übersicht über den Bedarf und die Bereitstellung von Investierungsmitteln in den dänischen Grenzkreisen, während Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und des Arbeitsamtes in Flensburg einen Überblick über die Entwicklung im Landesteil Schleswig gaben.

Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig sieht es als ihre Aufgabe an, sich mit politischen und wirtschaftlichen Einwänden, die gegen den Beitritt Dänemarks zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft heute noch geltend gemacht werden, gründlich und sachlich auseinanderzusetzen. Sie ist der Auffassung, daß sie weiterhin zu einer Auflockerung der ganzen Atmosphäre beitragen kann und daß eine Entwicklung im Grenzland anzustreben ist, welche auf einen Abbau der Bedeutung der Grenze gerichtet ist. Die sich auf den verschiedensten Gebieten

anbahnende überstaatliche Zusammenarbeit sollte auch Möglichkeiten für eine fruchtbare Wechselwirkung im Grenzland bieten.

R. Stehr

*

*Dr. Schriewer
in den Ruhestand getreten*

Mit Ablauf des Monats Februar schied Bibliotheksdirektor Dr. Franz Schriewer aus seinem Amt als Leiter des deutschen Büchereiwesens im Landesteil Schleswig. Wenn Dr. Schriewer auch bereits die dem Beamten gesetzte Altersgrenze überschritten hatte, so zwangen ihn jetzt doch leider gesundheitliche Gründe, seine Stellung aufzugeben. Hier soll gleich der Wunsch zum Ausdruck kommen, daß das nicht „die Arbeit niederlegen“ bedeutet; denn auch eine Tätigkeit außerhalb von Stellung und beamtlicher Verantwortung wird – so meine ich – doch für ihn lebensnotwendig sein.

Ein englisches Wort sagt, der Mensch könne vom Leben nicht beides erwarten: daß ihm eine Aufgabe gestellt würde und daß ihm die Erfolg bei der Lösung derselben beschieden sei.

Es kann gesagt werden, daß Dr. Schriewer beides erhielt, auch wenn er selbst sicher diese Meinung nicht voll teilt. Als er zu Beginn der zwanziger Jahre den Auftrag erhielt, im Grenzgebiet ein Volksbüchereiwesen aufzubauen, da mußte er auf bloßem Grunde anfangen. Wo vielleicht kümmerliche Büchereien vorhanden waren, da konnte nicht einmal auf diesen Ansätzen weitergebaut werden. Es galt, ganz neu zu beginnen. Und wenn 1932 und wohl auch heute wieder das Büchereiwesen im Landesteil Schleswig als mustergültig angesehen wird, so ist das ganz wesentlich das Verdienst von Dr. Schriewer. Wohl selten kann man den Auf- und Ausbau einer so großen Organisation als das Wirken *eines* Mannes bezeichnen, wie es hier berechtigt ist. Auch wenn die Luft im Grenzgebiet in der damaligen Zeit einem solchen Aufbau günstiger und dienlicher war, auch wenn die maßgeblichen Persönlichkeiten der damaligen Zeit in uneigennützigem Einsatz im Dienst der volks- und kulturpolitischen Aufgaben ohne Rivalitäten oder gar parteipolitische Sonderinteressen zusammenarbeiteten, so bleibt es doch das Verdienst Dr. Schriewers, der Büchereiarbeit die Stellung erkämpft zu haben, die ihr in der Volksbildung zukommt, und ihr gleichzeitig Formen gegeben zu haben, die auch heute noch vorbildlich sind.

Dr. Schriewer vereinigt in sich in geradezu idealer Weise die Kräfte, die für kulturelle Institutionen notwendig sind: zunächst eine geistige Begabung, die nicht ausschließlich analysierend den Dingen nachgeht, bei aller intellektuellen

Tiefgründigkeit doch zur Synthese, zum Verstehen führt. In vielen Vorträgen, aber auch in Schriften, auf die im einzelnen hier nicht eingegangen werden kann; lehrte er eine neue Schau auf das wertvolle, das „echte“ Buch, das nicht mit dem aktuellen oder dem von der Literaturwissenschaft herausgestellten gleichzusetzen ist. Die ältere Generation seiner Mitarbeiter unter den Dorfbüchereileitern wird ihm dafür immer dankbar sein, sie weiß auch, wie stark die Einflüsse in dieser Richtung auf ihre pädagogische Arbeit gestaltend wirkten. So ist der indirekte Einfluß Dr. Schriewers auf dies geistige Klima der Volksschule an der Grenze nicht leicht zu überschätzen.

Aber – neben der tiefen geistigen Durchdringung der Probleme, die sich nicht auf den literarischen Kreis beschränkte, sich vielmehr auch allgemein volkspädagogischen, volkspolitischen, soziologischen und im Lauf der Jahre zunehmend auch religiösen Themen zuwandte – durchdachte und beherrschte er die organisatorische und technische Seite des Büchereiwesens wie kaum ein anderer. Die Analysen der zahlreichen erstellten Statistiken sind Meisterwerke, in den Jahresberichten der Zentrale für das Büchereiwesen sind sie sorgsam zusammengestellt. Sie gaben auch die Grundlage für den Aufbau der Volksbüchereien im Landesteil Schleswig, der nun wohl im wesentlichen – wenigstens in der Planung – als abgeschlossen gelten kann.

Das Haus steht! Der äußere Rahmen ist gegeben, der wertvolle Inhalt ist vorhanden! Aber keiner weiß besser als Dr. Schriewer, daß Organisationen wie das Büchereiwesen immer neu mit Leben gefüllt werden müssen, das bleibt als immer neue Aufgabe. –

Der Name Schriewer ist aber darüber hinaus unlösbar mit „Sankelmark“ verbunden. Es ist kein Geheimnis, daß es seine Gedanken waren, die der Akademie Aufgabe und Ziel setzten, und seine Tätigkeit als Leiter dieses Hauses wird ebenfalls unvergessen sein.

Dr. Schriewer diente unserem Grenzland. Er tat es mit einer Hingabe und Nachhaltigkeit, die fast an Fanatismus grenzte. Aber er war kein Grenz-„Kämpfer“. Dem Streit des Tages stand er fern: ihm kam es auf die durch die Zeit wirkenden Kräfte an. Das heißt nicht, daß ihm der Mut zur Meinung fehlte, im Gegenteil. Er sprach sie aus, er verfocht sie, auch wenn sie nicht gefiel. Auch dafür sei ihm gedankt.

Es ist nicht vielen beschieden, eine gestellte Aufgabe in gleichem Umfang zu lösen, wie es bei Dr. Schriewer der Fall ist. Aber rechnerisch und meßbar nicht zu fassen sind geistige Prägungen. Und es sei gestattet, zu sagen, daß mit mir viele ihm dankbar sind für geistige Erweckung und Formung, die von ihm ausgingen.

Peter Petersen

*

Die Zeit der Fahrten und Ferienlager

rückt wieder näher. Der Grenzfriedensbund unterstützt und fördert diese seit Jahren durch Sozialeinzelbeihilfen. Im Laufe des Jahres gehen ihm dafür zahlreiche Dankschreiben zu, die teilweise eine eingehende Schilderung des Reiseweges und des Gesehenen und Erlebten und der gewonnenen Eindrücke enthalten und mit gut gelungenen selbstgefertigten Zeichnungen und Fotografien versehen sind. Die begleitenden Lehrer geben uns häufig Berichte über den Wert derartiger Veranstaltungen, die für den Unterricht ausgewertet werden. So schreibt uns z. B. ein Schulleiter aus Flensburg:

„Die Jungen berichteten begeistert von den Eindrücken der Reise. Gerade im letzten Schuljahr bringt ein solches Vorhaben Lehrer und Schüler menschlich ganz anders in Verbindung als es je in der Schule geschehen kann. So sagt der Klassenlehrer N. N., daß er jetzt nach der Reise die Beurteilungen für das Arbeitsamt (für jeden Schüler wird eine Reihe Gesichtspunkte gegeben) ganz anders festlegen kann als vorher. Gerade die mitmenschlichen Beziehungen werden durch so eine Fahrt wesentlich gefördert. Die Schule dankt dem Grenzfriedensbund für die erhaltene Beihilfe. Auf dem Elternabend vor Antritt der Reise ist darauf hingewiesen worden, daß wir Ihnen eine wesentliche Förderung dieses Vorhabens verdanken.“

Der Vorstand des Grenzfriedensbundes würde es dankbar begrüßen, wenn ihm Berichte noch mehr als bisher zugehen würden.

Ha

*

Osterfahrt

Auf dem Noor war noch Eis, und hinter den Zäunen lag noch Schnee. Es war diesig, vielleicht wollte es anfangen zu regnen. Wir fuhren trotzdem los, zuerst in Richtung Fleckeby, dann über Jagel nach Friedrichstadt.

Hier nisteten wir uns in einer guten Jugendherberge ein. Wir wollten uns die Stadt einmal ansehen. Zuerst fielen uns die vielen Brücken auf. Wo man sich auch hinwandte, einige hundert Meter, und man stand wieder auf einer Brücke. Wir stolzierten weiter in die Stadt hinein auf der Suche nach Kaugummi. Als dieses endlich gefunden war, sahen wir ein Schild mit der Aufschrift „Eis“. So wurde beschlossen, welches zu kaufen.

Wir hatten noch zuviel Geld, folglich kaufte man eine Kokosnuß. Nachdem wir nun vom Geldausgeben genug hatten, gingen wir zum Rande der Stadt und fanden hier eine Menge von Schleusen im Bau. Auf dem Rückweg zur Jugendherberge trafen wir einen Ausrufer. Er schwang eine mächtige Glocke und rief: „Morgen kommt der Fischwagen mit Koch- und Bratfisch! – Morgen werden Fürsorgebeihilfen ausgezahlt!“

So sehr Omi sich auch bemühte, er bekam „Ihn“ nicht vor die Linse.

Von Friedrichstadt fuhren wir nach Tönning. In Tönning wollten wir uns von der

Fähre übersetzen lassen.

Unsere Räder wurden auf dem Dach des lüften Motorbootes, genannt „Fähre“, festgebunden, und wir dampften los. Mit Erstaunen merkten wir, daß die Eider immer breiter wurde. Sie war jetzt schon ein verhältnismäßig breiter Fluß. Wir wurden nach ungefähr zehn Minuten am anderen Ufer abgesetzt. Dann warteten wir noch, bis das Boot wieder abdampfte, es kam aber nicht vom Ufer ab, lag wahrscheinlich auf Grund, und fuhren weiter ...

Aus dem Fahrtenbuch der Evangelischen Jungenschaft Eckernförde

*

Bodenseefahrt

In den Sommerferien weilten wir am Bodensee, um Landschaft und Menschen kennenzulernen und um die Bewohner des Schwabenlandes durch Laienspiele, Lieder und Volkstänze mit unserer Art bekannt zu machen. Die Fahrt war dadurch möglich geworden, daß Schwaben, die im vorigen Jahre in Schleswig bei Verwandten gewesen waren und dabei unsere Laienspielgruppe kennengelernt hatten, uns zu dieser „Spielreise“ eingeladen und auch schon weitgehende Vorbereitungen getroffen hatten. Jetzt, am Ende dieser Fahrt sind wir uns alle darüber klar, daß die Zeit am Bodensee ein Höhepunkt unserer Gruppe gewesen ist, der sicher so leicht nicht wieder erreicht wird. Wir waren und sind alle so begeistert, daß das vielen Außenstehenden übertrieben scheinen wird.

Auf unseren bisherigen Sommerfahrten war die Absicht vorherrschend, die Landschaft kennenzulernen und sich selbst untereinander näherzukommen. In diesem Jahr kam sehr viel anderes hinzu; man könnte direkt von einem Vierklang der Beglückung sprechen: Beglückung durch die Schönheit der Bodenseelandschaft, durch die Herzlichkeit der Menschen, die wir dort unten antrafen, durch die Freude, die wir diesen Menschen bringen durften, und nicht zuletzt durch das Erlebnis des Zusammenlebens, das wir von Jahr zu Jahr bewußter empfinden, da wir ja immer älter werden.

Die Menschen, zu denen wir kamen, waren von einer so echten Herzlichkeit, wie sie bei uns im Norden schwerer zu finden ist. Albert Schweitzer sagte einmal: „Viel Kälte ist unter den Menschen, weil wir nicht wagen, uns so herzlich zu geben, wie wir sind.“ Nun, das mag stimmen, für die Menschen aber, mit denen wir am Bodensee zusammenkamen, stimmt es nicht! Obwohl wir doch völlig fremd waren, wurden wir überall so freundlich aufgenommen, daß sofort der menschliche Kontakt da war. Und es wird jeder verstehen: die Freude am Spiel wird in dem Augenblick größer, da wir fühlen: wir haben Kontakt zum andern; das, was wir hier tun, fällt in offene Herzen. Es steigert die Intensität des Spiels, wenn man spürt: wir bereiten diesen Menschen eine wirkliche Freude!

Wir haben während unseres Aufenthaltes am Bodensee in der gesamten Umgebung unseres Hauptquartiers Friedrichshafen an 13 Spielabenden im

ganzen 35 mal gespielt. Die Zuschauer waren dabei ganz verschiedener Art: Schüler, Internatler, Studenten, Kurgäste, Lehrlinge, Arbeiter, Glieder der ev. Gemeinden

Aus dem Fahrtenbericht
der Laienspielgruppe Schleswig

VERANSTALTUNGEN DES GRENZFRIEDENSBUNDES

Die Mitgliederversammlung 1959

findet am Sonnabend, dem 6. Juni, in Husum, Thomas Hotel, statt. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Jahresbericht, 3. Kassenbericht, 4. Satzungsänderungen, 5. Vortrag von Prof. Dr. Hallermann, Kiel, 6. Verschiedenes. Anschließend gemeinsames Mittagessen. Schriftliche Einladungen ergehen noch.

Moderne Jugendprobleme

Deutsch-dänische Tagung

in Sankelmark vom 3–5. Juli 1959

Jeweils ein deutscher und ein dänischer Redner werden zu folgenden Themen sprechen: „Die Jugend im Wandel der Gesellschaftsstruktur“. – „Jugend und Freizeit“. – „Jugend und Bildung“.

Als Vortragende haben zugesagt: Prof. Dr. Hallermann, Kiel; Pastor Kraft, Kiel; Dr. Peter Hansen Petersen, Flensburg. Die dänischen Vortragenden stehen noch nicht endgültig fest.